

**Prognose der österreichischen
Wirtschaft 2016 – 2017**
Konjunkturerholung verfestigt sich

SPERRFRIST: Donnerstag, 23. Juni 2016, 10:30 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES

Vienna

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2016 – 2017

Konjunkturerholung verfestigt sich

Die Modellprognosen werden von der
Arbeitsgruppe Prognose erstellt:

Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Sebastian Koch
Robert M. Kunst
Simon Loretz
Michael Reiter
Edith Skriner
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Kontakt:

Helmut Hofer

☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

☎: +43/1/599 91-233
email: klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück

Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
+43 660 150 5001
email: paul.glueck@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS) forscht im Interesse der Öffentlichkeit zu wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fragen. Im Mittelpunkt stehen wirtschaftliche Dynamik, Strukturwandel und Nachhaltigkeit, Wohlfahrtsstaat, öffentliche Finanzen und europäische Integration. Das IHS ist insbesondere für seine vierteljährliche Konjunkturprognose bekannt, arbeitet aber auch zu anderen wirtschafts- und sozialpolitisch relevanten Themen, wie Gesundheit, Bildung, und Arbeitsmarkt.

Gegründet wurde das IHS auf Initiative der beiden Exil-Österreichern Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Mitteln der Ford Foundation. Heute erfolgt die Finanzierung über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), der Österreichischen Nationalbank (OeNB) und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet. Zurzeit sind ca. 150 MitarbeiterInnen und Studierende am Institut beschäftigt. Die WissenschaftlerInnen arbeiten fächerübergreifend und lösungsorientiert in Forschungsgruppen zusammen.

Inhalt

1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6/7
2. DIE INTERNATIONALE KONJUNKTUR	8
2.1 Internationale Konjunkturprognosen	8
Abbildung: OECD-Frühindikator	9
Texttabelle: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum	10
2.2 Länderprognosen	11
Abbildung: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)	13
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	21
3. DIE ÖSTERREICHISCHE AUSSENWIRTSCHAFT	22
4. PERSPEKTIVEN DER INLANDSKONJUNKTUR	23
Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	23
Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände	25
Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate	26
Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie	26
Abbildung: Inflation in Österreich und im Euroraum	29
Texttabelle: Inflationsraten im Überblick	30
Abbildung: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum	30
5. MONETÄRE PROGNOSE	34
Texttabelle: Leitzinsen	34
Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen	35
TABELLENANHANG	37

Konjunkturerholung verfestigt sich

Die Konjunktur in Österreich hat im ersten Quartal dieses Jahres zugelegt. Für den Jahresdurchschnitt 2016 erwartet das Institut weiterhin ein Wirtschaftswachstum von 1.5 %. Positive Impulse gehen von der Steuerreform und der niedrigen Inflation aus, die den privaten Konsum stärken. Die Investitionen ziehen ebenfalls etwas an. Im Jahr 2017 sollte das BIP ebenfalls um 1.5 % zulegen.

1. Einleitung und Zusammenfassung

Im ersten Quartal des laufenden Jahres betrug das BIP-Wachstum in Österreich gegenüber dem Vorquartal 0.5 %. Im Vergleich zum Vorjahresquartal lag das Wachstum bei 1.6 %. Somit beschleunigte sich die heimische Konjunktur nach einer verhaltenen Expansion im Vorjahr merklich. Getragen wurde die Konjunktur von der Inlandsnachfrage. Bei den Investitionen setzte sich die positive Entwicklung der letzten Quartale fort und die Konsumnachfrage zog spürbar an. Das Exportwachstum wurde hingegen von der schwächeren Dynamik der Weltkonjunktur gedämpft, während die Importnachfrage aufgrund der stärkeren Binnennachfrage kräftig blieb. Das von den Vorlaufindikatoren für Österreich gezeichnete Bild hat sich seit der März-Prognose aufgehellt und deutet auf ein solides Wachstum in den kommenden Monaten hin. Trotz der verhaltenen Weltkonjunktur erwartet das Institut für die beiden Prognosejahre weiterhin eine Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 1.5 %. Nach zwei Jahren mit einem negativen Wachstumsdifferenzial von gut einem halben Prozentpunkt wächst die Wirtschaft in Österreich damit wieder im selben Tempo wie jene im Euroraum. Positive Konjunkturimpulse gehen von den aufgrund der Steuerreform und der geringen Inflation stark ansteigenden verfügbaren Realeinkommen aus.

Die Weltwirtschaft expandiert seit Mitte des Vorjahres nur äußerst verhalten. In den Schwellenländern bestehen weiterhin strukturelle Probleme. Es zeigten sich zuletzt aber deutliche Hinweise auf eine Stabilisierung der Wirtschaftslage, wozu der gestiegene Ölpreis beiträgt. In den USA hat sich das Wachstumstempo deutlich verlangsamt. Im ersten Quartal hat das BIP nur um 0.2 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt, nach 0.3 % im Schlussquartal des Vorjahres. Auch im Vereinigten Königreich hat die Wirtschaft an Schwung verloren. Hingegen entwickelte sich die Wirtschaft im Euroraum mit einem BIP-Wachstum von 0.6 % vergleichsweise dynamisch. Getragen wurde das Wachstum von den Investitionen und den Konsumausgaben. Allerdings ist die Wirtschaftslage weiterhin von markanter Unsicherheit geprägt. Der Welthandel entwickelt sich äußerst schwach. Zu Jahresbeginn ist der Ölpreis weiter gefallen und die Aktienkurse gaben deutlich nach. Seither mehren sich aber die Anzeichen für eine Stabilisierung der Konjunktur. Der Ölpreis steigt, was als Hinweis auf eine stärkere Nachfrage interpretiert werden kann, die Aktienkurse haben sich erholt und die Volatilität an den Finanzmärkten hat abgenommen. Konjunkturstützend wirkt auch die expansive Geldpolitik im Euroraum. Insgesamt gesehen sollte sich damit die Weltkonjunktur im weiteren Jahresverlauf wieder etwas beschleunigen und die entwickelten Volkswirtschaften auf einem moderaten Wachstumskurs bleiben.

Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut das folgende internationale Konjunkturbild. Im heurigen Jahr verlangsamt sich das Wachstum der US-Wirtschaft auf 1.9 %, für nächstes Jahr wird

ein Wert von 2.2 % erwartet. Die Wirtschaft des Euroraums bleibt mit einem BIP-Wachstum von 1.6 % in beiden Prognosejahren auf einem stabilen Wachstumspfad. In den OECD-Staaten sollte die Wirtschaftsleistung um 1.8 % bzw. 2.1 % zulegen. In den Schwellenländern verläuft die Entwicklung weiterhin gedämpft, wobei sich das Wachstumstempo in China bis auf 6.2 % im Jahr 2017 abschwächen dürfte.

In Österreich hat sich das Wachstum des privaten Konsums im ersten Quartal deutlich beschleunigt. Die Steuerreform und die geringe Inflation stärken das verfügbare Realeinkommen der privaten Haushalte, sodass für den Jahresdurchschnitt 2016 ein Wachstum der privaten Konsumausgaben um 1.5 % erwartet wird. Ausgehend von den Erfahrungen früherer Steuerreformen wird unterstellt, dass ein Teil des zusätzlichen Einkommens in die Ersparnis fließt, sodass die Sparquote um gut $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte auf 7.8 % ansteigt. Im Jahr 2017 sollte die Sparquote wieder leicht zurückgehen und das Konsumwachstum 1.3 % betragen.

Nach einer langen Phase schwacher Investitionstätigkeit haben sich die Anlageinvestitionen wieder belebt. Während die Ausrüstungsinvestitionen bereits im Laufe des Vorjahres anzogen, wurden die Bauinvestitionen erst zu Jahresbeginn nach lang andauernder Schrumpfung wieder ausgeweitet. Das Institut erwartet eine Fortsetzung der positiven Wachstumsdynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen (3.0 % bzw. 2.8 %). Erstmals seit drei Jahren sollten auch die Bauinvestitionen wieder ansteigen (1.0 % bzw. 1.5 %). Für die Anlageinvestitionen ergibt sich somit ein Wachstum von 2.1 % bzw. 2.2 %. Unterstützend wirken die günstigen Finanzierungskonditionen und der steigende Bedarf an Ersatzinvestitionen. Von der Bevölkerungszunahme sollten positive Impulse auf die Wohnbaunachfrage ausgehen.

Die vorliegenden Daten zeigen eine äußerst schwache Entwicklung des Welthandels. Aufgrund der Probleme in den Schwellenländern und der moderaten Konjunktur in den entwickelten Volkswirtschaften ist lediglich eine langsame Erholung des Welthandels zu erwarten. Während die Weltkonjunktur auf das Wachstum der österreichischen Exportmärkte drückt, stützen die Konjunkturbelebungen im Euroraum und der schwächere Euro die österreichischen Exportchancen. Im Lauf des Jahres sollte das Expansionstempo bei den Warenexporten wieder etwas zulegen, sodass eine Wachstumsrate von 2.8 % für den Jahresdurchschnitt 2016 erwartet wird. Im kommenden Jahr sollte das Wachstum 3.5 % betragen. Die Exporte laut VGR legen um 2.7 % bzw. 3.5 % zu. Aufgrund der starken Binnennachfrage und der etwas höheren Exportdynamik zieht die Importtätigkeit (3.1 % bzw. 3.5 %) kräftig an. Insgesamt liefern die Nettoexporte somit im Prognosezeitraum keinen Wachstumsbeitrag.

Im bisherigen Jahresverlauf hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise reduziert. Im Mai betrug die Inflationsrate nur noch 0.6 %, nach 1.2 % im Jänner. Dieser Rückgang geht zwar primär auf die stark gefallenen Energiepreise zurück, aber auch bei der Kerninflation gab es eine rückläufige Tendenz. Im weiteren Jahresverlauf werden die Verbraucherpreise wieder etwas anziehen, nachdem der dämpfende Einfluss des Ölpreistrückgangs wegfällt. Vor diesem Hintergrund nimmt das Institut seine Prognose der Inflationsrate für den Jahresdurchschnitt 2016 auf 1.0 % zurück. Mit der Konjunkturverbesserung und dem Wegfall der Energiepreisreduktion sollte sich im Jahr 2017 die Inflationsdynamik wieder etwas verstärken (1.7 %). Die Prognose impliziert eine merkliche Verringerung des Inflationsdifferenzials zum Euroraum im nächsten Jahr. Dies ist auch notwendig,

da längerfristig die relativ höhere Inflation zu Lohndruck führt, welcher die preisliche Wettbewerbsfähigkeit belastet.

Die anziehende Konjunktur und das weiterhin kräftig steigende Arbeitskräfteangebot sind im Prognosezeitraum die bestimmenden Faktoren am Arbeitsmarkt. Aufgrund des stärkeren Wachstums wird die Beschäftigung kräftig ausgeweitet. In diesem Jahr wird für die Aktiv-Beschäftigten ein Zuwachs um 1.5 % erwartet, nächstes Jahr sollte die Wachstumsrate 1.2 % betragen. Dies reicht aber nicht aus, um den Anstieg des Arbeitskräftepotenzials vollständig aufzunehmen. Die anhaltende Ausweitung des ausländischen Arbeitskräfteangebots, insbesondere aus den ost- und mitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten, wird durch den Zustrom von Asylwerbern verstärkt. Zusätzlich wirken die höhere Erwerbsneigung von Frauen und Älteren expansiv, sodass auch die Zahl der heimischen Erwerbspersonen ansteigt. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut eine Arbeitslosenquote laut nationaler Definition von 9.3 % bzw. 9.7 %. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird 6.1 % bzw. 6.2 % betragen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum von der Steuerreform geprägt. Nachdem im Vorjahr ein strukturelles Nulldefizit erreicht wurde, wird heuer die Defizitquote auf 1.8 % steigen. Aus Sicht des Instituts ist dafür die zumindest kurzfristig nicht vollständig gegenfinanzierte Steuerreform verantwortlich. Im Jahr 2017 sollte die Defizitquote auf 1.4 % zurückgehen. In den Jahren 2016 und 2017 wird somit ohne zusätzliche Maßnahmen das Ziel eines strukturellen Nulldefizits nicht ganz erreicht. Vor dem Hintergrund der weiterhin hohen Abgabenlast bei gleichzeitig hoher Staatsverschuldung sollten die derzeitigen Neuverhandlungen des Finanzausgleichs auch dazu genutzt werden, die Finanzbeziehungen der verschiedenen Gebietskörperschaften zu entflechten. Durch eine anreizkompatiblere Verteilung der Kompetenzen und Beseitigung von Mehrfachzuständigkeiten können die Transparenz erhöht und die Weichen für eine effizientere öffentliche Verwaltung gestellt werden. Generell ist es notwendig, dass durch Reformen alle Effizienzpotenziale im öffentlichen Bereich gehoben werden, sodass die notwendigen zukunftsorientierten öffentlichen Investitionen (etwa in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung) finanziert werden können.

Die externen Prognoserisiken sind weiterhin abwärts gerichtet. Die geopolitischen Konflikte im Nahen Osten und in Nordafrika trüben die Wirtschaftsstimmung in Europa (IS-Terrorismus und Flüchtlingskrise). Eine stärker als erwartet ausfallende Abschwächung der chinesischen Wirtschaft würde die Weltwirtschaft beeinträchtigen. Die polit-ökonomischen Probleme in der EU (Aufteilung der Flüchtlinge, Vollendung der Bankenunion, Schuldenkrise) halten die Unsicherheit der Wirtschaftsakteure hoch. Ein Brexit würde die Unsicherheit über die Ausgestaltung der europäischen Institutionen weiter erhöhen, die kurzfristigen direkten Effekte für Österreich sollten aber aufgrund der vergleichsweise niedrigen Intensität der ökonomischen Verflechtungen gering ausfallen. Hinsichtlich der österreichischen Wirtschaftsentwicklung bestehen neben den Auswirkungen einer internationalen Konjunkturabschwächung (Exporte, Investitionszurückhaltung) auch heimische Risiken. Die Sparquote könnte deutlich stärker steigen als erwartet und damit die Konsumnachfrage dämpfen. Das Inflationsdifferenzial zum Euroraum könnte längerfristig die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft schwächen. Allerdings könnte eine Initiative zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Österreich die Stimmung bei den Unternehmen verbessern und zusätzliche Investitionen anregen.

Wichtige Prognoseergebnisse

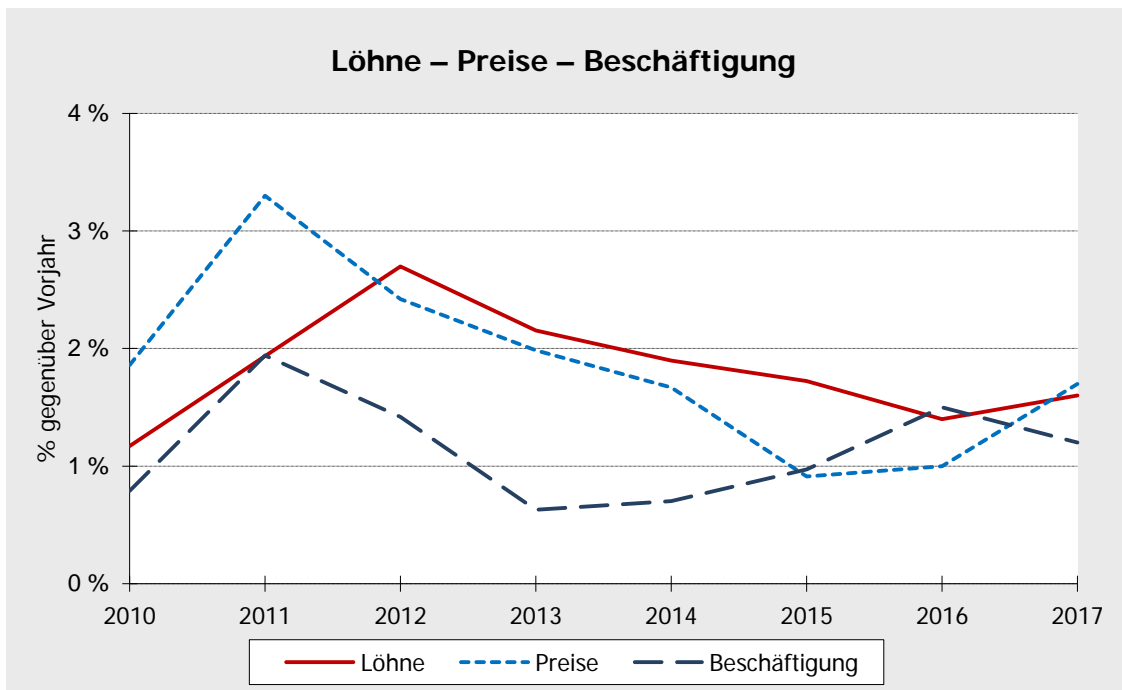
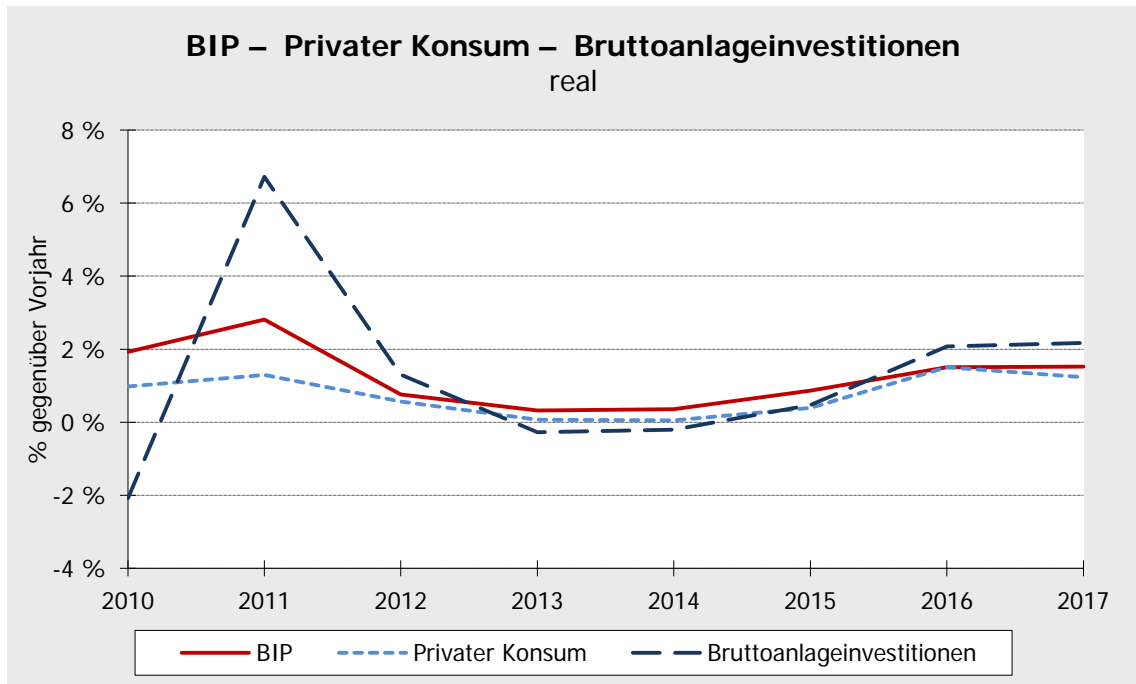
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2015	2016	2017
Bruttoinlandsprodukt, real	0.9	1.5	1.5
Privater Konsum, real	0.4	1.5	1.2
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	-0.2	2.8	2.8
Bruttoanlageinvestitionen, real	0.5	2.1	2.2
Ausrüstungsinvestitionen, real	2.0	3.0	2.8
Bauinvestitionen, real	-1.2	1.0	1.5
Inlandsnachfrage, real	0.9	1.7	1.4
Exporte i.w.S., real	1.6	2.7	3.5
Waren, real (laut VGR)	1.7	2.8	3.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	3.5	1.5	1.0
Importe i.w.S., real	1.9	3.1	3.5
Waren, real (laut VGR)	2.4	3.5	3.4
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-5.6	-1.3	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.0	1.5	1.2
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	9.1	9.3	9.7
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ^{*)}	5.7	6.1	6.2
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	1.7	1.4	1.6
Preisindex des BIP	1.6	1.4	1.5
Verbraucherpreisindex	0.9	1.0	1.7
3-Monats-Euribor ^{*)}	-0.0	-0.3	-0.3
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen ^{*)}	0.7	0.4	0.7

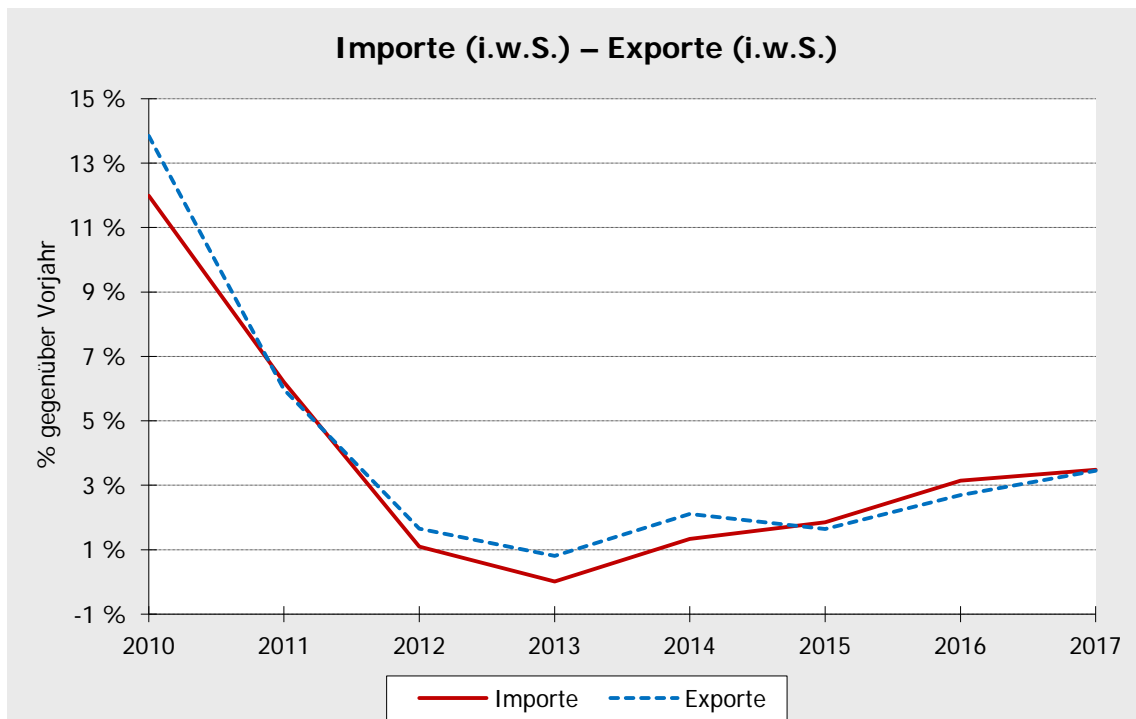
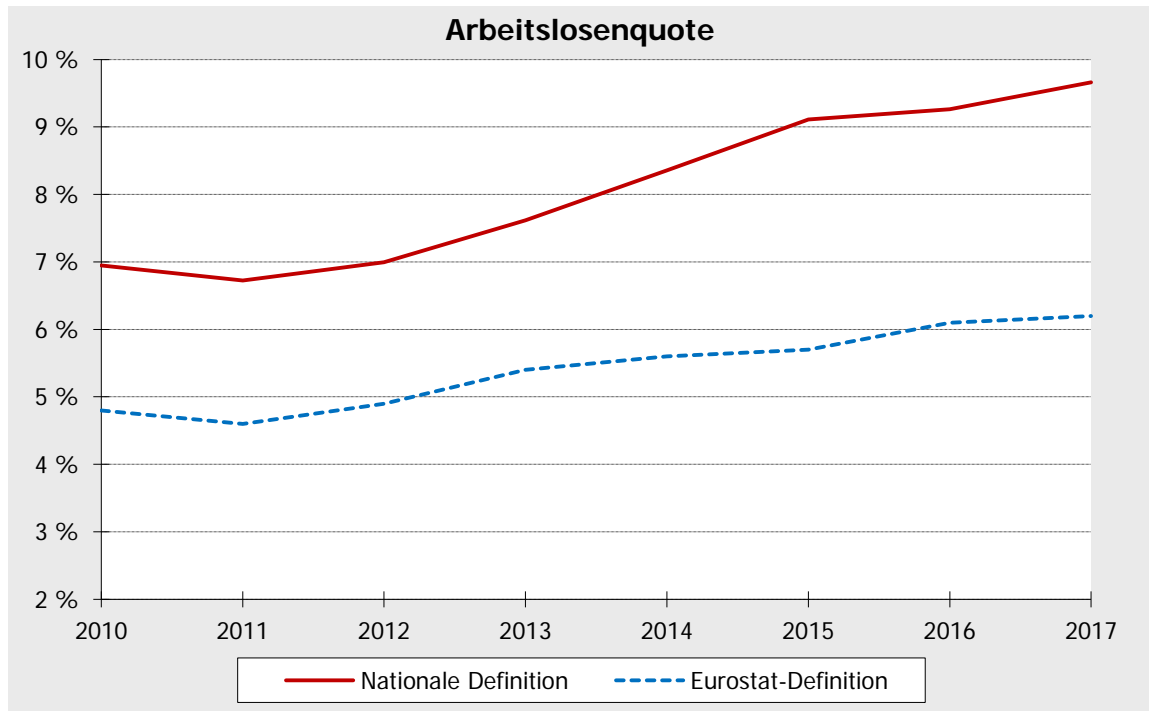
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

^{*)} absolute Werte

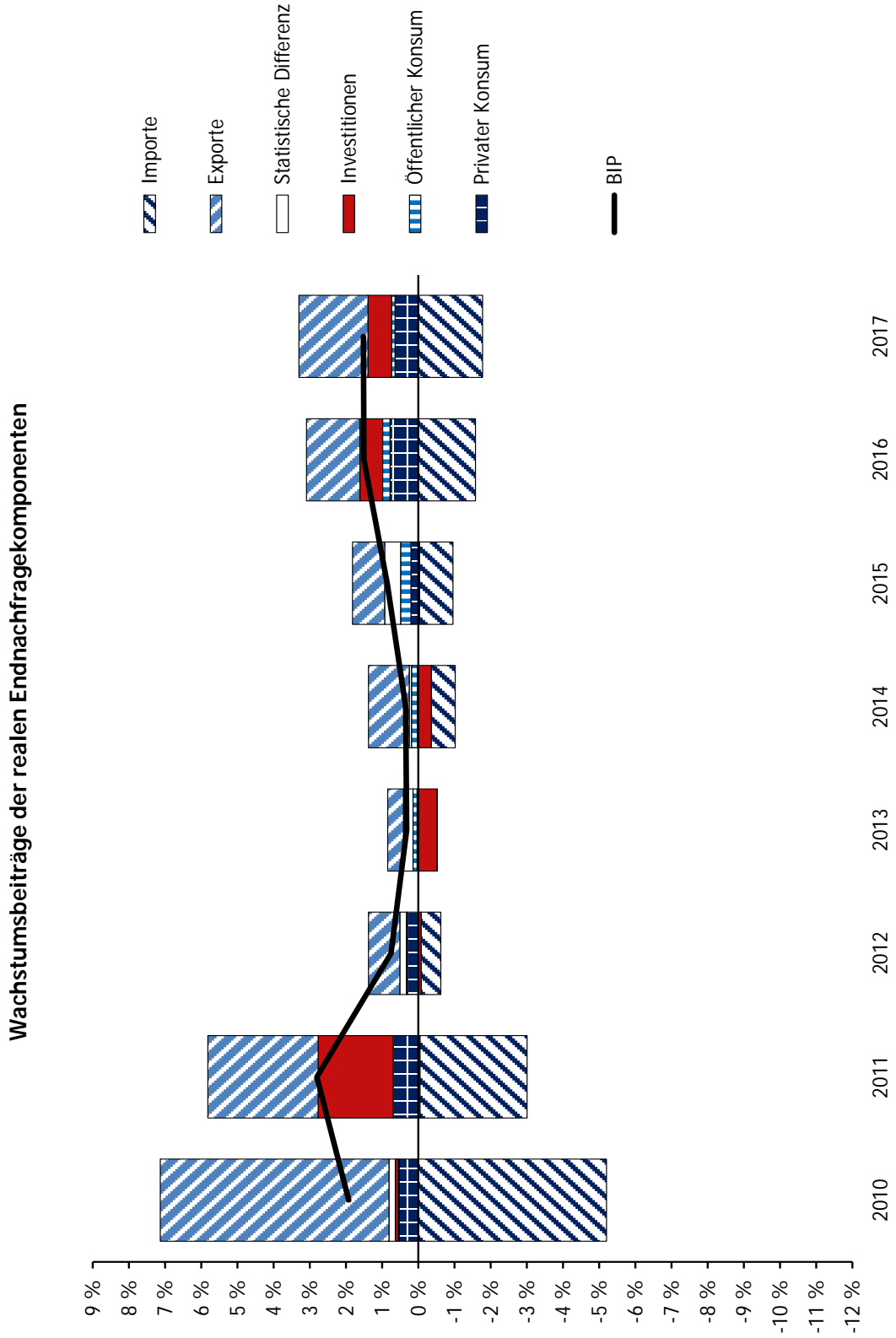
WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 3



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Die konjunkturelle Entwicklung der **Weltwirtschaft** verläuft auch 2016 äußerst verhalten. Die geringe Investitionsbereitschaft, Strukturveränderungen in der chinesischen Wirtschaft, ein möglicher Brexit und Unsicherheiten an den Finanzmärkten schwächen derzeit die Konjunktur. Mit der Ausnahme von Indien entwickelt sich im laufenden Jahr die Nachfrage in den Schwellenländern gedämpft (China) bzw. rückläufig (Russland und Brasilien). In den Industrieländern sollten von den niedrigen Rohstoffpreisen positive Impulse ausgehen, bremsend wirkt jedoch die schwache Investitionstätigkeit. In den USA verlangsamt sich die Konjunktur, im Euroraum bleibt das Wirtschaftswachstum stabil. Der osteuropäische Wirtschaftsraum profitiert von den niedrigen Rohstoffpreisen und der Stabilisierung der Arbeitsmärkte, die Geld- und Fiskalpolitik wirkt konjunkturbelebend und die Aufwertung des US-Dollar brachte für viele Länder eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit mit sich. Nach einem schwachen Start 2016 gewinnt der globale Handel im Jahresverlauf etwas an Dynamik und die Rohstoffpreise steigen leicht.

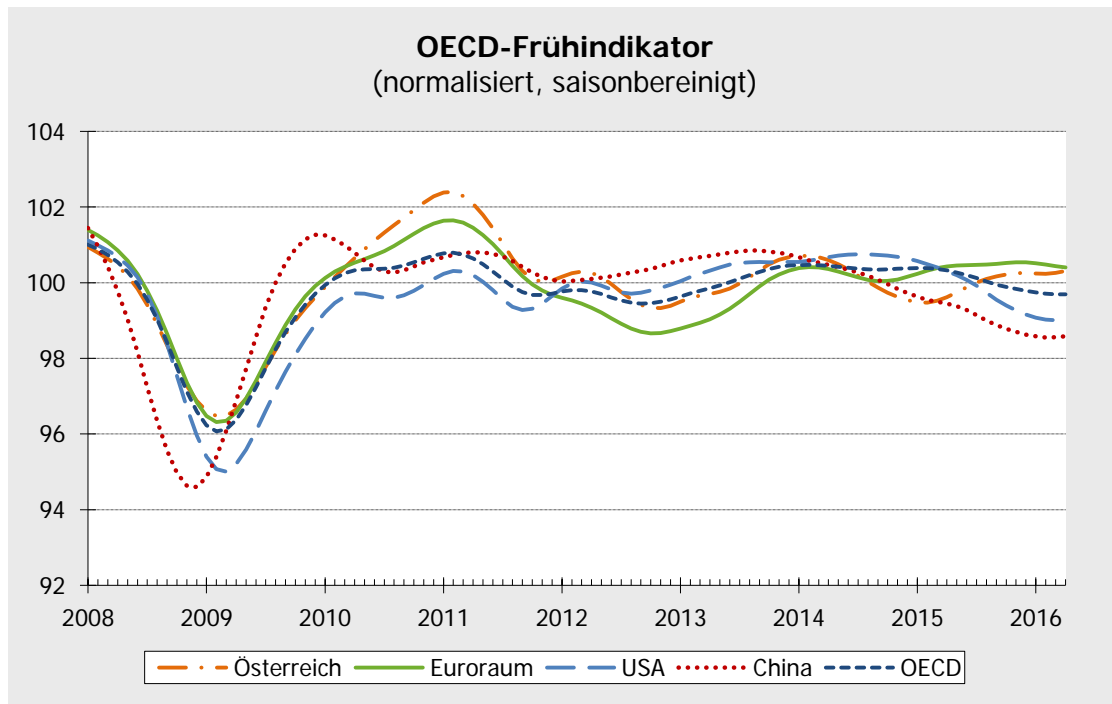
Im Jahr 2017 wird die globale Wirtschaftsentwicklung voraussichtlich an Fahrt gewinnen. In den Industrieländern könnte die Investitionstätigkeit anziehen. In Russland und Brasilien wird die Rezession voraussichtlich zu Ende gehen. Mit einer Belebung der globalen Nachfrage werden auch die Preise für Industrierohstoffe anziehen und so den Aufschwung in den Schwellenländern begünstigen. Für ein breiter abgestütztes globales Wachstum sind jedoch Strukturreformen und eine stärkere Investitionstätigkeit in der Realwirtschaft notwendig. Der IWF empfiehlt daher den Ländern, konjunkturbelebende Maßnahmen wie höhere Investitionen in die Infrastruktur vorzunehmen, die Steigerung der Erwerbsquote zu forcieren und Hemmnisse für Unternehmen zu verringern.

Das Institut geht davon aus, dass in den Industrieländern die Geldpolitik expansiv bleibt. Dies gilt insbesondere für den Euroraum. Aufgrund der gegenwärtigen Lage ist zumindest bis Jahresende keine Straffung der Geldpolitik in den USA und dem Vereinigten Königreich zu erwarten. Im Euroraum bleibt die Fiskalpolitik neutral ausgerichtet.

Weiterhin bestehen geopolitische Risiken, deren Eintritt den Welthandel bremsen oder einen Anstieg der Energiepreise auslösen könnte. So trüben der IS Terrorismus und die Flüchtlingskrise die Wirtschaftsstimmung in Europa. Darüber hinaus besteht weiterhin die Gefahr einer deutlich stärker ausfallenden Abschwächung der chinesischen Wirtschaft. Eine stärkere Dollar-Aufwertung könnte in einigen Ländern einen importinduzierten Preisauftrieb bewirken. Ein Brexit würde sich negativ auf die globale Finanzmarktstabilität auswirken.

Vorlaufende Indikatoren, die die Stimmung in den Unternehmen reflektieren, geben keine einheitliche Richtung der konjunkturellen Entwicklung in den kommenden Monaten an. Der ifo-Index für die Weltwirtschaft stieg im zweiten Quartal, weil sich die Erwartungen verbessert haben. Ein pessimistischeres Bild zeichnet jedoch der *JPMorgan Global Manufacturing & Services Purchasing Managers Index* für die Weltwirtschaft. Der Index gab im Februar deutlich nach und stieg bis Mai nicht mehr an. Mit Ausnahme von Deutschland und Spanien deutet der Indikator für die anderen großen Länder auf eine verhaltene konjunkturelle Entwicklung oder eine Stagnation hin. Der OECD-Frühindikator, der bis Ende 2015 eine Festigung der Konjunktur im Euroraum

signalisierte, sinkt seit Jänner leicht. Insgesamt gesehen geht das Institut aber davon aus, dass sich die Konjunktorentwicklung in den nächsten Monaten leicht verbessern wird.



Quelle: OECD, Thomson Reuters Datastream

Zu Jahresbeginn begannen die Rohstoffpreise (ohne Energie) zu steigen. Im Mai lagen die Rohstoffpreise (laut *S&P Non-Energy Index*) um 6.9 % unter ihrem Vorjahresniveau. Der Ölpreis für die Sorte Brent betrug 47.7 US-Dollar und lag damit um 26.8 % unter seinem Vorjahreswert. Durch den Produktionsrückgang seit September 2015 verringert sich das Überangebot an Rohöl. Wird die Fördermenge weiter gedrosselt, könnte dies zu einem Preisdruck führen. Nach 53.0 US-Dollar pro Fass im Jahresdurchschnitt 2015 wird in dieser Prognose für die Jahre 2016 und 2017 ein Ölpreis von 47 bzw. 55 US-Dollar unterstellt. Nach 1.11 USD/EUR im Jahresdurchschnitt 2015 wird für 2016 und 2017 ein Wechselkurs von jeweils 1.12 USD/EUR erwartet.

Der Welthandel wuchs im Vorjahr um 1.6 %, für die Jahre 2016 und 2017 wird eine Zunahme um 1.5 % bzw. 3.0 % erwartet. Für die OECD-Länder wird ein Anstieg der Wirtschaftsleistung um 1.8 % bzw. 2.1 % unterstellt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU wird voraussichtlich jeweils um 1.8 % zunehmen.

Der IWF erwartet für Asien (ohne Japan) für 2016 und 2017 ein Wirtschaftswachstum von 6.4 % bzw. 6.3 %. Indien dürfte unter den großen Ökonomien mit 7.5 % das stärkste Wirtschaftswachstum aufweisen. Für China wird eine weitere Wachstumsabschwächung erwartet, wodurch auch der Handel im asiatischen Wirtschaftsraum beeinträchtigt wird. Die Wirtschaftsleistung in Lateinamerika wird im Jahr 2016 voraussichtlich um 0.5 % sinken. Die niedrigen Rohstoffpreise dämpfen in Chile, Peru und Kolumbien die konjunkturelle Entwicklung. Brasilien, die größte Ökonomie Lateinamerikas, bleibt in der Rezession. Die Schuldentrückzahlung wird durch die Währungsabwertung erschwert. Neben der sehr schwachen Auslandsnachfrage dämpfen auch Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen, eine hohe Inflation (etwa 10 %) und

Arbeitslosigkeit das Wirtschaftswachstum. Im Jahr 2017 könnte sich das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika wieder beschleunigen.

Im **Euroraum** wird das Wirtschaftswachstum 2016 voraussichtlich 1.6 % betragen. Wegen des schwachen Welthandels, der wirtschaftlichen Probleme in den Schwellenländern, der angestiegenen Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung und eines möglichen Brexit wird sich die Konjunktur in diesem Jahr nicht beschleunigen. Die privaten und öffentlichen Konsumausgaben entwickeln sich nach wie vor robust. Die Investitionstätigkeit bleibt noch immer verhalten. Die schwache Nachfrage in den Schwellenländern dämpft die Exporte im Euroraum. Die Geldpolitik der EZB bleibt weiterhin expansiv. Die geldpolitischen Maßnahmen der EZB sollen insbesondere dazu beitragen, die Kreditversorgung der Wirtschaft sicher zu stellen und die Investitionsbereitschaft zu erhöhen. Der Rückgang der Energiepreise dämpft weiterhin die Inflationsentwicklung, doch in der zweiten Jahreshälfte könnte die Teuerung etwas anziehen. Im Jahr 2017 wird sich die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum mit einem Wachstum von 1.6 % unverändert fortsetzen. Positive Impulse werden wieder von den Exporten ausgehen. Die Inflation wird voraussichtlich auf 1.3 % ansteigen. Um ein nachhaltiges Wachstum zu erzielen, empfiehlt die Europäische Kommission den Regierungen der Mitgliedsländer, die öffentlichen Defizite gering zu halten und die Schuldenlast zu reduzieren, damit die Wirtschaft zu Wachstum zurückkehren kann. Sie fordert auch, die Arbeitsmärkte flexibler zu gestalten. Darüber hinaus sollten andere wirtschaftliche Schwachstellen und makroökonomische Ungleichgewichte bekämpft werden.

Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum

	2015	2016	2017
BIP-Wachstum (%)	1.7	1.6	1.6
Arbeitslosenquote (%)	10.9	10.0	9.6
Inflation HVPI (%)	0.0	0.3	1.3

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Das BIP des Euroraums wuchs im ersten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.6 % und gegenüber dem Vorjahresquartal um 1.7 %. Der private und öffentliche Konsum, sowie die Investitionstätigkeit nahmen zu und es wurden die Lager aufgebaut. Weniger dynamisch entwickelten sich hingegen die Exporte. Die Beschäftigung stieg weiter und die Preise blieben nahezu unverändert. Im zweiten Quartal dürfte sich die Konjunktur etwas abgeschwächt haben. Im April betrug die Arbeitslosenquote 10.2 %. Die höchste Arbeitslosigkeit gab es in Griechenland mit 24.2 %. Die niedrigste Quote wies Deutschland mit 4.2 % auf. Die Jahresinflationsrate im Euroraum, gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), betrug im Mai -0.1 %. Dabei verzeichneten Zypern (-1.9 %) und Spanien (-1.1 %) die deutlichsten Rückgänge der Verbraucherpreise. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Malta (1.0 %) und Belgien (1.6 %) am stärksten.

Die Vorlaufindikatoren der Industrie lassen darauf schließen, dass sich das Wirtschaftswachstum im Euroraum im zweiten Quartal abgeschwächt hat. Auch für die kommenden Monate bleibt der Ausblick verhalten. Die Erwartungen für Deutschland und Frankreich entwickeln sich jedoch gegen den allgemeinen Trend. Der Markt Einkaufsmanagerindex für den Euroraum pendelt seit nun bereits vier Monaten um den schwachen Februarwert herum. Auch gemäß dem

ifo-Konjunkturbarometer zeichnet sich für den Euroraum kein kräftiger Frühjahrsaufschwung ab. Es sank im zweiten Quartal nicht nur das vierte Quartal in Folge, sondern liegt nunmehr auf dem niedrigsten Niveau seit mehr als einem Jahr. Die Erwartungen der Finanzmarktexperten (ZEW) an die Konjunkturentwicklung im Euroraum verschlechterten sich. Hingegen legte der *Economic Sentiment Indicator* (ESI) der Europäischen Kommission im April und Mai beträchtlich zu. Im Mai verbesserte sich die Stimmung bei den Verbrauchern, im Einzelhandel und in der Bauwirtschaft.

2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** wird 2016 voraussichtlich um 1.9 % wachsen. Die Konjunktur verlangsamt sich somit im Vergleich zum Vorjahr. Die Nachfrage der privaten Haushalte, die wegen der steigenden Beschäftigung und der verbesserten Kaufkraft wesentlich zum Wachstum beitrug, schwächt sich im laufenden Jahr ab. Die Ausrüstungsinvestitionen sinken insbesondere im Energiesektor. Die exportorientierten Unternehmen leiden noch immer unter dem starken US-Dollar und der schleppenden globalen Nachfrage. Die konjunkturelle Abkühlung in China und den anderen Schwellenländern haben dabei den stärksten Einfluss. Unternehmen, die den inländischen Markt bedienen, profitieren hingegen von der steigenden Nachfrage nach Kraftfahrzeugen und der Entwicklung im privaten Wohnbau. Der Anhebung der Zinsen im vergangenen Dezember um 25 Basispunkte auf ein Zielband von 0.25 % bis 0.50 % wird in den kommenden Monaten voraussichtlich kein weiterer Zinsschritt folgen. Frühestens zu Jahresende könnte die Geldpolitik gestrafft werden. Wegen der Abschwächung der dämpfenden Effekte, wie dem Rückgang der Energiepreise oder die Währungsaufwertung, zieht die Inflation an. Der Abbau der ohnedies niedrigen Arbeitslosigkeit setzt sich verlangsamt fort. Im Jahr 2017 dürfte sich die Konjunktur mit einem BIP-Wachstum von 2.2 % wieder etwas verstärken. Die Nachfrage der privaten Haushalte bleibt robust und die Ausrüstungsinvestitionen werden zum Wachstum beitragen. Die Exportnachfrage dürfte dynamischer als im Vorjahr verlaufen. Die Inflation wird weiter steigen und die Zinsen könnten etwas anziehen.

Das BIP der USA stieg im ersten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.2 %, gegenüber dem Vorjahresquartal legte es um 2.0 % zu. Der Zuwachs beim privaten Konsum schwächte sich erneut ab und der Rückgang bei den Ausrüstungsinvestitionen verstärkte sich; die Lager wurden abgebaut und die Exporte sanken weiter. Positive Impulse gingen hingegen von den Bauinvestitionen aus, die zum Vorquartal deutlich zunahmen. Die Beschäftigung legte kräftig zu. Die Verbraucherpreise stiegen im April und Mai um jeweils 1.1 %, die Arbeitslosenquote fiel im Mai auf einen Tiefstand von 4.7 %.

In den kommenden Monaten dürfte sich die Konjunktur etwas beschleunigen. Der *Markit Composite Purchasing Managers Index*, der seit Jahresmitte 2014 nachgab, fiel im Februar 2016 auf die Wachstumsschwelle von 50 Punkten. In den folgenden drei Monaten setzte eine leicht ansteigende Tendenz ein. Laut *Institute for Supply Management* verbessert sich vor allem die Auftragslage in der Güterverarbeitenden Industrie. Nach einer schwachen Entwicklung zu Jahresbeginn deutet nun auch der *Conference Board Leading Economic Index* auf eine bessere Wirtschaftslage hin. Mit Ausnahme des Konsumentenvertrauens verbesserten sich im April alle Indexkomponenten. Die Arbeitsmarkt- und Finanzkennzahlen sowie die Baugenehmigungen lassen einen positiven Wachstumstrend erwarten.

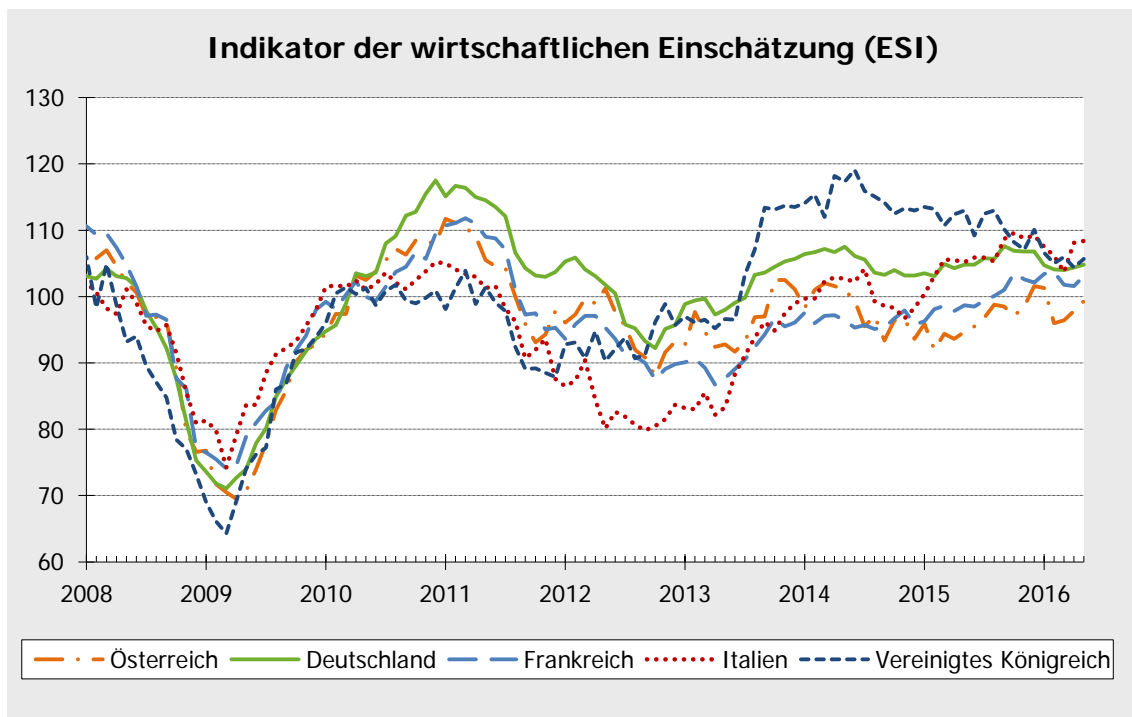
In **Japan** sollte die Wirtschaft im Jahr 2016 um 0.5 % wachsen. Die Konsumausgaben fallen zwar nicht mehr, trotzdem hat ein dauerhafter, konsumgetriebener Aufschwung nicht eingesetzt. Die Investitionstätigkeit könnte heuer sinken. In der Außenwirtschaft verschärfen sich die Probleme, denn seit Anfang 2016 gewinnt der Yen gegenüber dem US-Dollar wieder an Wert, nachdem er in den Jahren 2012 bis 2015 abwertete. Heuer dämpfen daher die Wechselkursentwicklung und die wirtschaftliche Abkühlung in China die japanischen Exporte. Die schleppende Konjunktur und die Deflationsgefahr veranlasste die *Bank of Japan* zu Jahresbeginn, den Leitzins auf -0.1 % zu senken. Die Unternehmen sollten dadurch ermutigt werden, ihre Barreserven für Investitionen aufzulösen. Für Spareinlagen bei Banken gelten die negativen Zinsen nicht. Die Notenbank hält somit an ihrer expansiven Geldpolitik fest und setzt auch den Kauf von Anleihen und Wertpapieren fort. Das Inflationsziel von 2 % dürfte aber bis März 2018 nicht erreicht werden. Die Maßnahmen der öffentlichen Hand (Infrastrukturprojekte und Finanzierungshilfen für Unternehmen) werden verstärkt. Im Jahr 2017 dürfte das Wirtschaftswachstum 0.6 % ausmachen. Der Konsum der privaten Haushalte könnte sich etwas erhöhen. Bei den Ausrüstungsinvestitionen dürfte eine Belebung einsetzen und die Exporte werden wieder zunehmen. Um den privaten Konsum zu stützen, wurde die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer von 8 % auf 10 % auf das Jahr 2019 verschoben.

Das japanische BIP stieg im ersten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.5 %, gegenüber dem Vorjahresquartal blieb es unverändert. Zum Wachstum beigetragen haben der private und öffentliche Konsum, während die Investitionstätigkeit nachgab. Die Importe sanken und die Exporte wuchsen nur geringfügig. Die Beschäftigung legte verhältnismäßig kräftig zu. Im zweiten Quartal 2016 dürfte die Konjunktur stagniert haben. Im April sanken die Güterproduktion sowie die Exporte. Die Verbraucherpreise fielen im Vorjahresvergleich um 0.3 %. Vorlaufende Indikatoren deuten darauf hin, dass die Wirtschaftsentwicklung auch in den kommenden Monaten schwach bleiben wird. Gemäß einer Umfrage von Reuters trübt sich die Stimmung in der japanischen Wirtschaft aufgrund der schwachen Weltkonjunktur und der jüngsten Markturbulenzen ein. Der *Nikkei Japan Composite Index* (PMI) liegt seit März unter der Wachstumsschwelle. Der Dienstleistungssektor verzeichnet zwar eine moderate Belebung, in der Güterverarbeitenden Industrie verschlechtern sich die Bedingungen jedoch zunehmend.

In der **Volksrepublik China** schwächt sich 2016 das Wirtschaftswachstum voraussichtlich auf 6.4 % ab. Überkapazitäten und steigende Lohnstückkosten in der Industrie, hohe lokale Schulden und der Nachfragerückgang am einst boomenden Immobilienmarkt dämpfen die Konjunktur im Inland. Wegen der engen Bindung des Yuan an den US-Dollar hat die starke Aufwertung des US-Dollar in den vergangenen Jahren eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft gegenüber Japan und dem Euroraum mit sich gebracht. Die Nachfrageschwäche der globalen Wirtschaft verstärkt den Rückgang bei den Exporten. Im Kampf gegen die Konjunkturabkühlung beschloss die Regierung 2015 ein rund 14 Mrd. Euro umfassendes Arbeitsmarktprogramm. Damit soll der Wegfall von Arbeitsplätzen im Zuge des Abbaus von Überkapazitäten in der Stahl- und Kohlebranche abgefedert werden. Die Verwerfungen am Finanzmarkt und die Abschwächung der Wirtschaftsleistung veranlasste die *Bank of China* dazu, den Referenzzinssatz im Oktober 2015 auf 4.35 % zu senken. Die Staatsausgaben werden heuer deutlich steigen. Das BIP-Wachstum dürfte sich im Jahr 2017 auf 6.2 % abschwächen. Aufgrund der erwarteten konjunkturellen Aufhellung der Weltwirtschaft werden die chinesischen Exporte

nicht mehr weiter sinken, allerdings werden auch die Importe stärker zulegen und so das Wirtschaftswachstum bremsen. Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung setzt die Umsetzung der geplanten Reformen im Bankenwesen und bei den staatseigenen Unternehmen voraus. Auch sollte die Regierung die Förderung von Investitionen in die Infrastruktur und die Beschleunigung des Schulden-Swap-Programms weiter vorantreiben. Der Marktzugang für ausländische Unternehmen soll erleichtert, der Schutz von geistigem Eigentum verstärkt sowie ein offenes, transparentes und faires Marktumfeld geschaffen werden.

Das chinesische BIP wuchs im ersten Quartal 2016 gegenüber dem Vorjahresquartal um 6.7 % und lag somit zum dritten Mal seit der weltweiten Finanzkrise unter 7 %. Nachfrageseitig stützen der private Konsum und öffentliche Investitionen in die Infrastruktur die Konjunktur. Die Exporte gingen hingegen zurück. Im zweiten Quartal 2016 dürfte sich die konjunkturelle Entwicklung abgeschwächt haben, was primär auf eine sinkende Exportnachfrage zurückgeht. Seit November 2015 steigen die Verbraucherpreise. Im Mai betrug die Inflation 2.0 %. In den kommenden Monaten dürfte sich die Konjunktur in einem ähnlichen Tempo fortsetzen. Der *Caixin Purchasing Managers Index* (PMI), der seit Oktober um die Wachstumsschwelle pendelt, lag im Mai knapp über der 50-Punkte-Marke. Der Rückgang in der Güterverarbeitenden Industrie schwächt sich seit dem Jahresbeginn ab. Im Dienstleistungssektor trübte sich die Stimmung hingegen etwas ein.



Quelle: Europäische Kommission, Thomson Reuters Datastream

In **Deutschland** wird das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 voraussichtlich 1.7 % betragen. Die Inlandsnachfrage bildet dabei die treibende Kraft, denn die günstige Arbeitsmarktlage sowie beträchtliche Zuwächse im realen verfügbaren Einkommen stimulieren den privaten Konsum. Die Investitionstätigkeit könnte sich heuer verstärken, insbesondere in der Bauindustrie. Im Vergleich dazu bleibt das Auslandsgeschäft sehr verhalten. Die zurückliegende Euro-Abwertung sollte die Exporte stimulieren, dieser Effekt kam wegen den wirtschaftlichen Problemen in vielen Schwellenländern wie China, Brasilien und Russland bislang nicht zum Tragen. Deswegen bleibt

auch die Konjunktur in der Güterverarbeitenden Industrie gedämpft. Der Dienstleistungssektor wird hingegen von der starken Inlandsnachfrage angetrieben. Die Regierung rechnet für das laufende Jahr mit einer Zunahme der Steuereinnahmen von 3 %. Die Inflation bleibt niedrig. Die gesunde Grundverfassung der deutschen Wirtschaft wird auch in den nächsten Jahren die Konjunktur stützen. Im Jahr 2017 dürfte das Wirtschaftswachstum 1.6 % ausmachen. Während sich in der Inlandsnachfrage das Wachstumstempo etwas verlangsamen könnte, werden stärkere Impulse von der Außenwirtschaft ausgehen. Die Inflation könnte anziehen, aber noch immer unter der 2-Prozent-Marke bleiben. Ein Brexit würde das deutsche Wirtschaftswachstum bremsen.

Das deutsche BIP wuchs im ersten Quartal 2016 gegenüber dem Vorquartal um 0.7 %, im Vorjahresvergleich legte es um 1.6 % zu. Rekordbeschäftigung, steigende Löhne und eine niedrige Inflation begünstigten den privaten Konsum, während der Staat mehr für Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge ausgab. Die erneut milde Witterung begünstigte die Investitionstätigkeit. Der Außenhandel bremste dagegen das Wachstum, weil die Importe stärker stiegen als die Exporte. Im zweiten Quartal 2016 dürften die witterungsbedingten Sonderfaktoren wegfallen. Die Arbeitslosenquote betrug im März und April 4.2 %, und erreichte somit den tiefsten Stand seit 25 Jahren. Die Verbraucherpreise blieben im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Die deutsche Wirtschaft bleibt in einem moderaten Aufschwung. Der ifo-Geschäftsklimaindex, der zum Jahreswechsel deutlich nachgab, legt seit März wieder zu. Die Stimmung in der gewerblichen Wirtschaft verbesserte sich in allen vier Hauptsektoren, die Bauwirtschaft erreicht sogar ein Rekordergebnis. Die Unternehmer waren deutlich zufriedener mit ihrer aktuellen Geschäftslage, zudem blicken sie merklich optimistischer auf die kommenden Monate. Nach Rückgängen von vier Monaten in Folge legte der Markit Einkaufsmanagerindex im Mai wieder zu und übertraf sein langjähriges Mittel. Den befragten Unternehmen nach ging die aktuelle Steigerung auf eine Kombination aus Neugeschäften und dem Abarbeiten von Auftragsbeständen zurück. Pessimistischer sind die Finanzmarktexperten eingestellt. Die ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland gingen wegen der Gefahr eines Brexit leicht zurück. Laut GfK gehen die Verbraucher nach wie vor davon aus, dass die deutsche Wirtschaft ihren moderaten Aufschwung in den kommenden Monaten fortsetzt. Das signalisiert der leichte Anstieg der Konjunkturerwartung im Mai. Auch die Anschaffungsneigung, die bereits ein sehr hohes Niveau erreicht hat, nahm noch einmal zu. Lediglich die Einkommenserwartung verschlechterte sich etwas.

Im Jahr 2016 wird in **Italien** das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 1.0 % ausmachen. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte tragen heuer wesentlich zur konjunkturellen Entwicklung bei. Dies geht einerseits auf die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften zurück, andererseits führen Lohnerhöhungen zusammen mit sinkenden Verbraucherpreisen zu einer Verbesserung der Kaufkraft der Haushalte. Auch der Reformprozess stützt die Wirtschaftsentwicklung. Steuersenkungen für Unternehmen und Personen mit niedrigem Einkommen sollten die Nachfrage beleben. Die Investitionstätigkeit konnte jedoch durch diese Maßnahmen bislang nicht angekurbelt werden. Der Rückgang bei den Exporten verschlechtert den Außenbeitrag. Die Arbeitslosenquote sinkt leicht, was auf die Wirkung des neuen Arbeitsrechts zurückgehen könnte. Neue Rechtsvorschriften, die in den vergangenen zwei Jahren zur Geltung kamen, erleichtern es den Unternehmen, Arbeitskräfte zu kündigen und einzustellen. Es sind auch Steuererleichterungen vorgesehen, welche Arbeitgeber entlasten, die Arbeitskräfte einstellen. Die vorrangigen Ziele der Regierung bleiben auch im Prognosezeitraum die Umsetzung von Arbeitsmarktreformen

(Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit) und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Im Jahr 2017 dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf 1.4 % beschleunigen. Die private Konsumnachfrage bleibt robust. Die Investitionen in Ausrüstung könnten anspringen, während sich die Schwäche in der Bauindustrie fortsetzen dürfte. Der Rückgang bei den Exporten wird sich voraussichtlich stabilisieren. Die Inflation könnte anziehen.

Im ersten Quartal 2016 wuchs das italienische BIP gegenüber dem Vorquartal um 0.3 %, gegenüber dem Vorjahresquartal legte es um 1.0 % zu. Der private und der öffentliche Konsum sowie die Ausrüstungsinvestition wuchsen. Einen Rückgang verzeichneten die Bauinvestitionen und die Exporte. Die Beschäftigung weitete sich zum ersten Mal seit dem Jahr 2011 aus. Im Mai fielen die Verbraucherpreise im Vorjahresvergleich um 0.3 % zum vierten Mal in Folge. Mit einer Arbeitslosenquote von 11.7 % setzt sich der Stabilisierungsprozess am Arbeitsmarkt fort. Im zweiten Quartal dürfte sich jedoch die Konjunktur bereits wieder etwas abgeschwächt haben. Für die kommenden Monate wurden die Führungskräfte bezüglich der wirtschaftlichen Aussichten pessimistischer. Der Markt Einkaufsmanagerindex, der sich seit Anfang 2015 im Wachstumsbereich befindet und bis Dezember 2015 eine ansteigende Tendenz aufwies, sinkt seit dem Jahresbeginn. Im Mai näherte sich der Index der Wachstumsschwelle an. Laut Istat verschlechterte sich die Stimmung in allen Wirtschaftsbereichen. Im Gegensatz dazu verbesserte sich im Mai der Vertrauensindex IESI (*Istat Economic Sentiment Indicator*) der Europäischen Kommission.

In **Frankreich** wird das Wirtschaftswachstum 2016 voraussichtlich 1.4 % betragen. Die Inlandsnachfrage bildet die treibende Kraft. Der Zuwachs in der Konsumnachfrage dürfte sich verstärken und einen Aufschwung verzeichnen die Ausrüstungsinvestitionen, die aufgrund von Steuerbegünstigungen stimuliert werden. Die Begünstigungen umfassen Steuersenkungen im Laufe von vier Jahren und eine kurzfristige Steuervergünstigung, die es Unternehmen erlauben, höhere Abschreibungen im aktuellen Geschäftsjahr vorzunehmen. Auch die Bauinvestitionen sinken heuer nicht mehr. Die Exportdynamik schwächt sich hingegen ab. Wegen der Importentwicklung verschlechtert sich die Außenbilanz. Die Verbraucherpreise bleiben unverändert. Am Arbeitsmarkt könnte eine Stabilisierung einsetzen, denn im Jänner 2016 verabschiedete die Regierung einen Arbeitsplan zur Bekämpfung der seit drei Dekaden bestehenden strukturellen Arbeitslosigkeit. In den nächsten zwei Jahren erhalten Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern Subventionen, wenn sie einen jungen oder arbeitslosen Menschen für sechs Monate oder länger einstellen. Darüber hinaus wird das Berufsausbildungssystem überarbeitet. Im Jahr 2017 wird das BIP-Wachstum 1.5 % betragen. Der private und öffentliche Konsum wird das Expansionstempo des Vorjahres beibehalten. Die Ausrüstungsinvestitionen bleiben belebt. Die Verbraucherpreise werden wieder anziehen und es ist auch eine Stabilisierung am Arbeitsmarkt wahrscheinlich.

Das französische BIP wuchs im ersten Quartal 2016 im Vergleich zum Vorquartal um 0.6 %, gegenüber dem Vorjahr legte es um 1.4 % zu. Nach einem Rückgang stiegen die Konsumausgaben wieder an. Die Ausrüstungsinvestitionen verzeichneten den stärksten Zuwachs innerhalb von zwei Jahren. Die Entwicklung in der Außenwirtschaft blieb hingegen gedämpft. Die Beschäftigung nahm zu. Die Arbeitslosenquote fiel im April auf 9.9 %, den niedrigsten Stand seit Oktober 2012. Die Inflation betrug im Mai 0.1 %. Im zweiten Quartal dürfte sich das Wachstumstempo etwas abschwächen. Für die kommenden Monate bleiben die Konjunkturerwartungen leicht optimistisch. Nach einem Tiefpunkt im Februar steigt der Markt Einkaufsmanagerindex wieder an. Auch laut Insee verbessert sich die Stimmung im Dienstleistungssektor, insbesondere im Einzel- und

Großhandel. Im Hochbau blieb die Stimmung unverändert und in der Güterverarbeitenden Industrie gab es eine Verschlechterung.

Im **Vereinigten Königreich** wird sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 voraussichtlich auf 1.9 % abschwächen. Wie in den vergangenen Jahren bleibt die Inlandsnachfrage die Stütze der Konjunktur. Dies geht vor allem auf die solide Konsumnachfrage zurück, denn das Einkommen der Haushalte wird von der niedrigen Inflation, von Lohnerhöhungen und dem guten Arbeitsmarkt gestärkt. Die Güterverarbeitende Industrie befindet sich hingegen seit dem Jahresbeginn in einer Rezession. Wegen der schwachen Weltkonjunktur und der zurückliegenden Aufwertung des Pfunds gegenüber dem Euro schwächt sich die Exportdynamik ab. Ein möglicher Brexit trägt zur Verunsicherung der Unternehmen und der Konsumenten bei. Die *Bank of England* beabsichtigt daher, den Leitzinssatz von 0.5 % vorerst unverändert zu belassen und setzt auch ihr Anleihekaufprogramm fort. Die Inflation zieht im Jahresverlauf an. Die Arbeitslosigkeit sinkt auf den niedrigsten Stand seit 2005. Im Jahr 2017 dürfte das Wirtschaftswachstum 2.1 % betragen. Der private Konsum wird robust bleiben. Aufgrund des verbesserten globalen Umfelds wird sich die Exportdynamik verstärken und die Investitionstätigkeit könnte anziehen. Risiken für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung gehen von der hohen Verschuldung der Haushalte und von der schwachen Exportnachfrage aus, wodurch das Leistungsbilanzdefizit beträchtlich steigen könnte. Für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das Produktivitätssteigerungen und höhere Gewinne impliziert, muss auch die Investitionstätigkeit wieder anspringen. Die Voraussetzung dafür ist eine Verbesserung des Unternehmervertrauens.

Die Wirtschaftsleistung des Vereinigten Königreichs nahm im ersten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.4 % und zum Vorjahresquartal um 2.0 % zu. Zuwächse verzeichneten der private und öffentliche Konsum sowie die Ausrüstungsinvestitionen. Rückläufig entwickelten sich hingegen die Bauinvestitionen und die Exporte. Der Beschäftigungsausbau geriet ins Stocken. Die Arbeitslosenquote lag im April mit 5.0 % auf dem niedrigsten Stand seit 2007. Die Inflation stieg im Mai mit 0.3 % zum siebenten Mal in Folge. Im zweiten Quartal dürfte sich die Konjunktur etwas abgeschwächt haben und die langsamere Konjunkturentwicklung wird sich in den kommenden Monaten fortsetzen. Der *Markit/CIPS UK Manufacturing & Services PMI*, der im Jänner auf einem Höchststand lag, fiel im Februar drastisch und verbesserte sich bis Mai nur geringfügig. Die Umfrageergebnisse zeigten, dass die Verunsicherung der Unternehmen von einem möglichen Brexit, der schwachen Konjunktur im Energiesektor und den fehlenden Aufträgen aus dem In- und Ausland ausgeht. Da die Güterverarbeitende Industrie und der Bausektor schrumpft, stützt nur noch der Dienstleistungssektor die konjunkturelle Entwicklung. Die Vollzeitbeschäftigung stieg im Mai weiter, allerdings schwächte sich der Zuwachs deutlich ab.

Die Wirtschaft der **Schweiz** wird im Jahr 2016 voraussichtlich um 1.3 % wachsen. Nach einer soliden konjunkturellen Entwicklung bis zum Jahresende 2014 haben sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend verändert. Mit der Aufhebung des Mindestkurses von 1.20 Franken pro Euro durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) am 15. Jänner 2015 und der darauf folgenden Aufwertung des Schweizer Franken verschlechterten sich die Wachstumsaussichten für die exportorientierte Wirtschaft. Dies leitete einen Transformationsprozess in der Industrie ein, der die Unternehmen dazu zwang, Kostensenkungen und Produktivitätssteigerungen vorzunehmen. Der Rückgang der Rohölpreise und wechselkursbedingt günstigere Importpreise haben die Inflationsrate unter null sinken lassen. Heuer verstärkt sich daher die Inlandsnachfrage. Der private Konsum wird

von der Preisentwicklung stimuliert. Auch die Investitionen könnten sich im Jahresverlauf verstärken, wobei auch von den Bauinvestitionen positive Impulse ausgehen könnten. Im Jahr 2017 wird sich die Konjunktur mit einer Wachstumsrate von 1.6 % beschleunigen. Dabei dürfte sich die Investitionstätigkeit verstärken. Der Rückgang der Verbraucherpreise könnte sich abschwächen. Die Zinsen werden voraussichtlich negativ bleiben.

Das BIP der Schweiz wuchs im ersten Quartal 2016 im Vergleich zum Vorquartal um 0.1 %, im Vorjahresvergleich legte es um 0.7 % zu. Die steigende Inlandsnachfrage geht auf das starke Wachstum der privaten Konsumnachfrage und der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen zurück. Nach zwei Zuwächsen in Folge fielen jedoch die Exporte im ersten Quartal wieder beträchtlich. Die Beschäftigung legte kräftig zu. Der Rückgang bei den Verbraucherpreisen verlangsamte sich. Im Mai fielen die Preise im Vorjahresvergleich nur noch um 0.4 %. Im zweiten Quartal dürfte die Konjunktur verhalten geblieben sein. Vorlaufende Indikatoren deuten jedoch auf eine positive Entwicklung der Schweizer Konjunktur in den kommenden Monaten hin. Der *Markit/Credit Suisse PMI* steigt seit Jänner steil an und zeigt, dass sich in der Güterverarbeitenden Industrie die Nachfrage beträchtlich belebt. Das KOF Konjunkturbarometer hat sich im Mai gegenüber April leicht verbessert. Seit Februar befindet sich das Barometer auf einem soliden Stand über seinem langjährigen Durchschnitt. Positive Signale kamen im Mai aus der Industrie und dem Finanzsektor sowie den exportorientierten Branchen. Die Indikatoren zum Konsum signalisieren allerdings eine abschwächende Entwicklung.

In den **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten** bleibt die Konjunktur im Prognosezeitraum äußerst robust. Die solide Entwicklung der Inlandsnachfrage dürfte die Wirtschaftsdynamik in diesen Ländern bestimmen. Die anhaltend niedrigen Zinsen, die geringe Inflation, welche die Kaufkraft der privaten Haushalte stärkt, sowie die zunehmende Beschäftigung und wachsende Realeinkommen dürften die Konjunktur stützen. Die expansive Konjunkturdynamik fördert den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit. Von den öffentlichen Investitionsvorhaben gehen weiterhin Konjunkturimpulse aus, wenngleich diese im Jahr 2016 nur moderat ausfallen dürften. Mit einer Beschleunigung wird für das Jahr 2017 gerechnet, da die mit EU-Mitteln aus der neuen Förderperiode kofinanzierten Projekte in die Umsetzungsphase kommen. Die Auslandsnachfrage außerhalb der EU bleibt in diesem Jahr gedämpft und bremst somit das Exportwachstum, im nächsten Jahr dürfte sie sich allmählich erholen. Der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum dürfte zusätzlich durch die steigenden Importe von Konsum- und Investitionsgütern abnehmen. Alles in allem ist eine durchschnittliche Zunahme des BIP in den MOEL-5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) um 2.7 % in diesem bzw. 3.1 % im nächsten Jahr zu erwarten.

In **Ungarn** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0.4 % gegenüber dem Vorjahr und sank um 0.8 % gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum wurde vom privaten Konsum und der Auslandsnachfrage getragen. Sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen gingen, infolge des Wegfalls von Einmaleffekten wie der verstärkten Ausnutzung von EU-Fördermitteln am Ende des Vorjahrs, zurück. Die niedrigen Energiepreise, Lohnsteigerungen und Steuersenkungen zu Jahresbeginn belebten den privaten Konsum. Infolgedessen nahmen die Importe stärker zu als die Exporte. Der öffentliche Konsum verringerte sich. Der Preisanstieg betrug -0.1 % im Mai. Die Arbeitslosenquote lag im März bei 5.6 % und damit deutlich unter dem Vorjahresniveau. Die guten Arbeitsmarktaussichten infolge einer dynamischen Entwicklung des privaten und öffentlichen Sektors, die Fortsetzung des Programms „Finanzierung für Wachstum“ mit

subventionierten Krediten für KMUs durch die ungarische Zentralbank und die Senkung der Einkommensteuer stützen heuer und im nächsten Jahr die Konjunktur. Die langsamere Absorption von EU-Fördermitteln am Anfang der neuen Förderperiode dürfte das Investitionswachstum in diesem Jahr jedoch dämpfen. Infolgedessen dürfte sich das BIP-Wachstum heuer auf 1.7 % verlangsamen. Im Jahr 2017 könnte sich die Investitionstätigkeit wieder etwas beleben und das BIP-Wachstum dürfte 2.5 % betragen.

Die Wirtschaft in **Polen** expandierte im ersten Quartal mit 2.6 % zum Vorjahresquartal und sank um 0.1 % gegenüber dem Vorquartal. Die schwache Entwicklung im Vorquartalsvergleich ist auf die negative Dynamik der aus EU-Mitteln kofinanzierten Investitionen zurückzuführen. Steigende Löhne und Beschäftigung sowie niedrige Zinsen und Inflation ermöglichten eine starke Zunahme des privaten Konsums. Der öffentliche Konsum erhöhte sich stark. Wegen der kräftigen Importdynamik fiel der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum negativ aus. Die Inflation blieb seit Anfang des Jahres negativ, im Mai betrug sie -0.4 %. Die Arbeitslosenquote lag im April mit 6.3 % um rund 1.3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Der Konsum und die allmählich zunehmenden Investitionen dürften die Konjunktur in der Prognoseperiode weiter stützen. Wegen der dynamischen Entwicklung der Inlandsnachfrage und des hohen Importanteils der Exporte dürften die Nettoexporte im Prognosezeitraum einen negativen Beitrag zum Wachstum leisten. Infolge einer starken Inlandsnachfrage dürfte das Wirtschaftswachstum heuer und im nächsten Jahr 3.0 % bzw. 3.5 % betragen.

In **Tschechien** nahm die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0.4 % gegenüber dem Vorquartal zu. Im Vorjahresvergleich erhöhte sie sich um 3.0 %. Die Inlandsnachfrage und die Nettoexporte trugen das Wachstum. Die Investitionen nahmen nach der starken Expansion im Vorjahr nur schwach zu. Der private Konsum leistete infolge steigender verfügbarer Einkommen und niedriger Inflation, ähnlich wie die Nettoexporte, einen, wenngleich moderaten, Beitrag zur BIP-Expansion. Der öffentliche Konsum erhöhte sich stärker und stützte somit das Wachstum. Die Arbeitslosenquote verringerte sich weiter und betrug im April lediglich 4.1 %. Die Preise stagnierten. Nach der starken Expansion im Vorjahr dürfte die Wirtschaft Tschechiens in diesem und im nächsten Jahr wegen der langsameren Entwicklung der öffentlichen Investitionen mit 2.5 % bzw. 2.7 % moderat wachsen.

Gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres erhöhte sich das BIP in der **Slowakei** im ersten Quartal um 3.7 % bzw. um 0.8 % gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum wurde von der Inlandsnachfrage getragen. Moderat entwickelten sich sowohl die Investitionen, insbesondere Erweiterungsinvestitionen im produzierenden Bereich, als auch der private und der öffentliche Konsum. Der Außenhandel verlangsamte sich, der Beitrag der Nettoexporte blieb aber positiv. Die Inflation entwickelte sich seit Anfang des Jahres negativ und belief sich im Mai auf -0.7 %. Die Arbeitslosenquote betrug 10.2 % und lag damit um 1.5 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Mit steigender Beschäftigung und zunehmendem Realeinkommen dürfte die Expansion der Wirtschaftsaktivität heuer und im nächsten Jahr, trotz einer Verlangsamung der öffentlichen Investitionen, jeweils 3.2 % betragen. Durch geplante ausländische Investitionen in der Automobilindustrie in Höhe von rund 2 Mrd. Euro im Zeitraum 2016 bis 2018 dürfte die slowakische Wirtschaft neue Impulse bekommen.

Im ersten Quartal expandierte die Wirtschaftsleistung in **Slowenien**, die Produktion nahm um 0.5 % zum Vorquartal bzw. um 2.3 % im Vorjahresvergleich zu. Die Nettoexporte leisteten den größten Beitrag zum Wachstum. Der private und öffentliche Konsum sowie der Lageraufbau verzeichneten ebenfalls positive Beiträge. Während die Ausrüstungsinvestitionen zunahmen, verringerte sich das Volumen der Bauinvestitionen, sodass der Beitrag der Anlageinvestitionen zum Wachstum negativ wurde. Im Mai sank die Inflationsrate auf -0.5 %. Die Arbeitslosenquote betrug 7.8 % und lag damit um 1.6 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Das BIP-Wachstum dürfte in den Jahren 2016 und 2017 2.0 % bzw. 2.3 % betragen. Zunehmende Beschäftigung, steigende Löhne, ein erhöhtes Konsumentenvertrauen sowie eine Erholung des Wohnungsmarktes infolge eines verstärkten Kreditangebots werden den privaten Konsum stützen. Schwächere, von der EU kofinanzierte öffentliche Investitionen dürften das BIP-Wachstum hingegen etwas dämpfen.

In **Rumänien** erhöhte sich das BIP im ersten Quartal 2016 um 4.2 % im Vorjahresvergleich bzw. um 1.6 % gegenüber dem Vorquartal. Sowohl der private Konsum als auch die Investitionen expandierten kräftig. Die Nettoexporte wiesen hingegen einen negativen Beitrag zum Wachstum auf, da sich die dynamische Inlandsnachfrage in steigenden Importen niederschlug. Die Arbeitslosenquote betrug im April 6.4 % und verringerte sich damit im Jahresabstand um 0.4 Prozentpunkte. Im Mai wurde erneut eine negative Inflationsrate (-3.0 %) verzeichnet. Zu dieser Entwicklung beigetragen haben die zu Jahresbeginn erfolgten Verbrauchssteuersenkungen. Im Mai wurde der Mindestlohn angehoben und im September werden die Gehälter im öffentlichen Sektor für rund 650.000 Beschäftigte erhöht. Dadurch weitet sich das Haushaltsdefizit aus, dürfte aber in den beiden Prognosejahren unter der 3-Prozent-Marke bleiben. Infolge eines kräftigen privaten Konsums, gestützt durch steigende Realeinkommen, dürfte die Wirtschaftsleistung 2016 und 2017 um 4.0 % bzw. 3.7 % expandieren.

Im ersten Quartal blieb das Wachstum in **Bulgarien** mit einer Zunahme um 2.9 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bzw. um 0.7 % gegenüber dem Vorquartal stabil. Die Expansion wurde von den Nettoexporten und dem privaten Konsum getragen. Die Ausrüstungsinvestitionen und der öffentliche Konsum verzeichneten hingegen eine schwache Dynamik. Die Inflationsrate setzte ihre negative Entwicklung fort und betrug im Mai -2.5 %. Die Arbeitslosenquote lag mit 7.1 % um rund 3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Mit steigender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit bekommt der private Konsum in der Prognoseperiode neue Impulse. Der schwächere Euro, an den der bulgarische Lev gekoppelt ist, dürfte die Exporte stützen. Infolgedessen dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2016 und 2017 um jeweils 2.5 % zunehmen.

In **Kroatien** beschleunigte sich das Wachstum und das BIP erhöhte sich im ersten Quartal um 2.3 % gegenüber dem Vorjahresquartal und um 0.6 % gegenüber dem Vorquartal. Die Inlandsnachfrage trug das Wachstum. Die Zunahme der Investitionen beschleunigte sich und der private Konsum belebte sich aufgrund höherer verfügbarer Einkommen infolge der Steuerreform. Der Beitrag der Auslandsnachfrage zum Wachstum war dagegen negativ. Im Mai sank die Inflationsrate auf -1.2 % und die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 14.6 % (-1.7 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich). In der Prognoseperiode sind aufgrund der sinkenden Arbeitslosigkeit und steigenden Realeinkommen weitere positive Impulse vom privaten Konsum zu erwarten. Da Kroatien sich immer noch in einem Verfahren wegen eines übermäßigen Haushaltsdefizits befindet, dürften die geplanten Sparmaßnahmen das BIP-Wachstum dämpfen. In

den Jahren 2016 und 2017 dürfte das BIP aufgrund einer Belebung von der EU kofinanzierten Investitionen um jeweils 2.0 % expandieren.

In **Russland** setzte sich im ersten Quartal die Rezession, allerdings mit einem langsameren Tempo als im Vorjahr, fort. Das BIP nahm im Vorjahresvergleich infolge kräftiger Rückgänge bei der Investitions- und privaten Konsumnachfrage um 1.2 %, im Vorquartalsvergleich um 0.2 % ab. Um die Umsatzrückgänge aufgrund des niedrigen Erdölpreises zu kompensieren, wurden die Exporte von Erdöl, Erdölprodukten und Gas ausgeweitet. Die rezessive BIP-Entwicklung führte in Kombination mit der protektionistischen Politik zu einem starken Rückgang der Importe, sodass die Nettoexporte das Wachstum in Russland stützten. Expansiv wirkte die Erhöhung der Staatsausgaben, insbesondere für Rüstungsgüter. Da die Energieverkäufe etwa die Hälfte der Staatseinnahmen ausmachen, weitete sich das Haushaltsdefizit von Jänner bis Mai durch den niedrigen Ölpreis auf 4.7 % des BIP aus. Trotz Rezession blieb die Arbeitslosenquote im April mit 5.9 % niedrig. Die Inflationsrate betrug im Mai 7.5 %. Für 2017 rechnet die Zentralbank mit einem allmählichen Rückgang der Inflation auf 4 %.

Die hohe Unsicherheit und die Kapitalknappheit dürften die private Investitionstätigkeit in der Prognoseperiode dämpfen. Der private Konsum wird 2016 wegen sinkender Realeinkommen und verschlechterter Kreditkonditionen wieder zurückgehen. Nach der starken Expansion im Vorjahr ist für 2016 und 2017 mit einer moderaten Erhöhung der Exporte von Erdöl und Erdölprodukten zu rechnen. Angesichts der schrumpfenden Importe ist weiterhin von einem positiven Wachstumsbeitrag der Nettoexporte auszugehen. Aufgrund der schwachen Entwicklung des Ölpreises bleibt die Haushaltslage auch im Jahr 2016 angespannt. Eine Fortsetzung der schwachen Entwicklung des Ölpreises unterstellt, ist für dieses Jahr mit einem erneuten Rückgang des russischen BIP um 1.4 % zu rechnen. Im kommenden Jahr könnte die Wirtschaftsleistung bei einer Stabilisierung des Ölpreises um 0.7 % zunehmen.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2013	2014	2015	2016	2017
Welthandel	2.5	2.9	1.6	1.5	3.0
BIP, real					
Deutschland	0.3	1.6	1.7	1.7	1.6
Italien	-1.7	-0.3	0.8	1.0	1.4
Frankreich	0.6	0.6	1.3	1.4	1.5
Vereinigtes Königreich	2.2	2.9	2.3	1.9	2.1
Schweiz	1.8	1.9	0.8	1.3	1.6
USA	1.5	2.4	2.4	1.9	2.2
Japan	1.4	0.0	0.6	0.5	0.6
China	7.7	7.3	6.9	6.4	6.2
Polen	1.3	3.3	3.6	3.0	3.5
Slowakei	1.4	2.5	3.6	3.2	3.2
Tschechien	-0.5	2.0	4.2	2.5	2.7
Ungarn	1.9	3.7	2.9	1.7	2.5
Slowenien	-1.1	3.0	2.9	2.0	2.3
MOEL-5*)	1.0	3.0	3.5	2.7	3.1
Bulgarien	1.3	1.5	3.0	2.5	2.5
Rumänien	3.5	3.0	3.8	4.0	3.7
Kroatien	-1.1	-0.4	1.6	2.0	2.0
Russland	1.3	0.7	-3.7	-1.4	0.7
Euroraum	-0.3	0.9	1.7	1.6	1.6
NMS-6**)	1.4	2.8	3.5	2.8	3.2
EU-28	0.2	1.4	2.0	1.8	1.8
OECD	1.2	1.9	2.1	1.8	2.1
Österreichische Exportmärkte	3.2	3.2	3.6	3.3	4.0
USD/EUR Wechselkurs***)	1.33	1.33	1.11	1.12	1.12
Rohölpreis (Brent)***)****)	109.0	99.3	53.0	47.0	55.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

***) NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

****) absolute Werte

*****) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Die Konjunktur in der österreichischen Außenwirtschaft bleibt auch 2016 gedämpft. Die Exporte leiden unter der weltweit schleppenden Investitionstätigkeit und der schwächere Euro brachte bislang nicht die erwartete Wirkung. Heuer dürfte jedoch die stabile Konjunkturerholung in Europa die österreichischen Exporte etwas beleben. Die Warenexporte werden daher ein moderates Wachstum aufweisen, das jedoch noch immer weit unter dem langjährigen Durchschnitt liegen wird. Der kräftige Zuwachs bei den Tourismusexporten, wie er im vergangenen Jahr zu beobachten war, wird sich heuer nicht wiederholen. Von der erwarteten Festigung der Weltkonjunktur im kommenden Jahr sollte die österreichische Exportwirtschaft profitieren. In den Jahren 2016 und 2017 wird die Handelsbilanz einen leichten Überschuss ausweisen.

Das Wachstum der nominellen Warenexporte laut Statistik Austria schwächte sich im ersten Quartal 2016 im Vorjahresvergleich auf 0.7 % ab. Die Nachfrage aus Europa legte spürbar zu. Die Exporte in den Euroraum stiegen dabei um 2.1 %. Die Exporte in die Länder außerhalb der Währungsunion fielen hingegen um 0.8 %, der ersten Rückgang seit 2009. Innerhalb der großen Warengruppen wiesen im ersten Quartal 2016 die Exporte von Maschinen und Fahrzeugen und von Fertigwaren mit Zuwächsen von 2.1 % bzw. 6.2 % die stärkste Dynamik auf. Die Exporte von chemischen Erzeugnissen legten hingegen um nur 0.9 % zu. Die Exporte von Vorleistungen fielen um 3.0 %. Im Zuge der weiterhin schleppenden Weltkonjunktur ist für 2016 mit einem Exportwachstum von 2.2 % zu rechnen. Das Wachstumstempo wird sich 2017 mit einem Wert von 4.0 % etwas verstärken. Im Jahr 2016 werden die Warenimporte aufgrund der stärkeren Binnennachfrage und der höheren Handelsdynamik um 2.5 % steigen. Für das Jahr 2017 wird ein Importwachstum von 3.9 % erwartet.

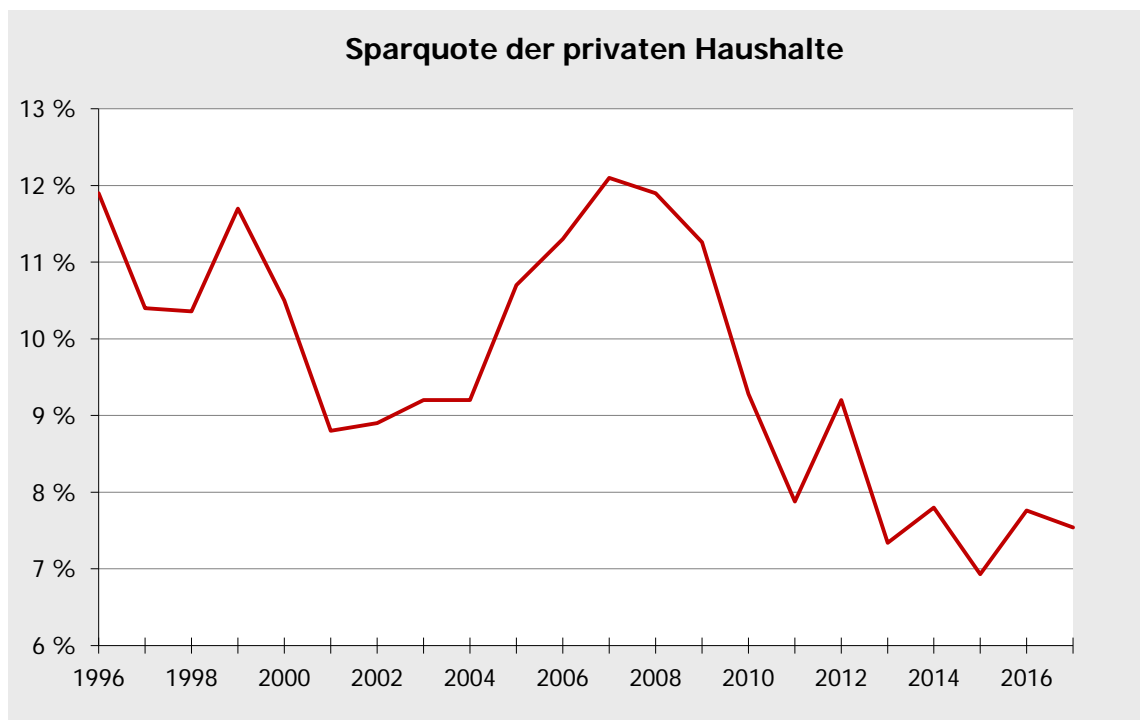
Trotz des warmen Winterwetters und dem damit verbundenen Schneemangel verzeichnete die österreichische Tourismusindustrie ein Nächtigungsplus. Von Jänner bis April legten die Nächtigung von Ausländern in Österreich um 6.0 % zu. Tirol, Salzburg und Wien waren dabei die wichtigsten Destinationen. Nach einer schwachen Entwicklung im Vorjahr stieg die Zahl der Nächtigungen von Reisenden aus Deutschland und den Benelux Ländern deutlich. Bei den Reisenden aus dem Vereinigten Königreich und der Schweiz verbesserte sich das gute Ergebnis vom Vorjahr weiter. Bei den Reisenden aus den USA und Asien, konnte hingegen das hohe Nächtigungsniveau des Vorjahres nicht mehr erzielt werden. Trotz des guten Ergebnisses in den ersten vier Monaten wird der Zuwachs bei den Tourismusexporten im Gesamtjahr 2016 etwas schwächer als im Vorjahr ausfallen. Der Grund dafür ist eine Abschwächung im Städtetourismus bei Reisenden aus Übersee. Im Jahr 2016 könnten die nominellen Reiseverkehrsexporte einen Zuwachs von 3.3 % erzielen. Im kommenden Jahr wird das Nächtigungsplus in der österreichischen Tourismuswirtschaft 2.5 % ausmachen. Für die Reiseverkehrsimporte werden Zuwächse um 0.7 % bzw. 3.0 % erwartet.

Bei den realen Exporten i. w. S. laut VGR wird für 2016 eine Zunahme um 2.7 % gerechnet. Im Jahr 2017 werden sie um 3.5 % zulegen. Das Wachstum der realen Warenexporte wird sich in den Jahren 2016 und 2017 auf 2.8 % bzw. 3.5 % beschleunigen. Aufgrund der regen Inlandsnachfrage werden die realen Importe i. w. S. laut VGR in den Jahren 2016 und 2017 um 3.1 % bzw. 3.5 % zunehmen. Für die realen Warenimporte ist in den Jahren 2016 und 2017 mit einem Anstieg um 3.5 % bzw. 3.4 % zu rechnen.

4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Mit Beginn des laufenden Jahres ist die Konsumnachfrage der österreichischen Haushalte aus ihrem lange anhaltenden Dämmer Schlaf erwacht, im Zuge dessen sie nur geringe Dynamik erkennen ließ und real nahezu stagnierte. Jetzt aber mehren sich Anzeichen für einen neuen Konsumoptimismus. Die meisten einschlägigen Monatsindikatoren bestätigen diesen Eindruck. Ein Beispiel sind hier die Kfz-Neuzulassungen, bei denen deutliche Zuwächse einen bereits über ein Jahr persistierenden Abwärtstrend ablösten. Gestärkt wird diese wahrscheinlich autonome Konsumbelebung durch die spürbare Verbesserung der Einkommenssituation in Folge der Steuerreform.

Der **private Konsum** legt heuer preisbereinigt um 1.4 % zu, was den höchsten Zuwachs seit 2006 darstellt. Im kommenden Jahr wird eine nur geringfügig schwächere reale Wachstumsrate von 1.2 % zu verzeichnen sein. Da die Prognose für die Expansion der verfügbaren Realeinkommen im laufenden Jahr 2.5 % veranschlagt, ergibt sich ein spürbarer Anstieg der Sparquote der österreichischen Haushalte auf 7.8 %. Ein Anstieg der Sparquote im Zuge von Steuerreformen oder anderen einmaligen Einkommenszuwächsen ist typisch, da die zusätzlichen Einkünfte von den Haushalten nicht sofort konsumiert werden; dies teils wegen einer gewissen Trägheit der Reaktion, teils wegen Verzögerungen in der Wahrnehmung des erweiterten Ausgabenspielraums. Der Reformimpuls wird also im kommenden Jahr noch nachhallen. Allerdings werden auch dann die verfügbaren Realeinkommen um immerhin ein Prozent anwachsen, sodass die Haushaltssparquote insgesamt von ihrem angehobenen Niveau kaum abrückt.



Die Grafik zeigt die Bewegungen in der Entwicklung der **Haushaltssparquote** seit 1996. Einer Aufbauphase, die 2007 in einem Rekordwert von über 12% kulminierte, folgte zunächst eine fallende Episode, die ab 2011 wieder die gegenwärtig andauernde volatile Phase ablöste, in der kurzfristige Entwicklungen dominieren. Im Jahr 2015 sind die Haushalte einem realen

Einkommensrückgang mit zögernder, jedoch nicht einbrechender, Konsumnachfrage begegnet. Dadurch erreichte die Haushaltssparquote einen besonders niedrigen Wert von unter 7%. Im internationalen Vergleich liegt dies zwar noch immer leicht über dem Mittel der EU-Länder, der noch vor wenigen Jahren deutliche Vorsprung der österreichischen Sparquote ist aber doch weitgehend weggeschrumpft. Populär ausgedrückt, sind die Österreicher und Österreicherinnen nicht mehr die Sparmeister Europas, sie liegen nunmehr im Mittelfeld.

Heuer ist der belebende Impuls aus der Steuerreform so kräftig, dass er nicht sofort in gleichem Maße verkonsumiert wird, und die Haushaltssparquote zeigt deutlich nach oben. Das Muster in der Abfolge der Effekte ist mit anderen Steuerreformen historisch vergleichbar. So wuchs im Reformjahr 2005 der Konsum etwa halb so stark wie das verfügbare Realeinkommen, und die Sparquote kletterte um 1.5 Prozentpunkte. Diesmal verläuft die Dynamik ähnlich: Das Realeinkommenswachstum von 2.5 % ist deutlich höher als die Konsumexpansion von 1.4 % und die Sparquote erhöht sich innerhalb eines Jahres um 0.8 Prozentpunkte. In den auf Reformen folgenden Jahren ist dann naturgemäß die Einkommensdynamik schwächer, während ein Teil der bereits erhaltenen zusätzlichen Einkommen erst nachfrageaktiv wird. Daraus resultiert meistens eine wieder leicht fallende Sparquote, wie auch diesmal.

Das relativ kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** wird oft gemeinsam mit dem privaten Konsum behandelt, seine Dynamik hat sich jedoch zuletzt deutlich vom Konsum der Haushalte getrennt, die Zuwachsraten sind systematisch höher. Heuer wächst dieses Aggregat real um 3.5 %, im kommenden Jahr um 2 %.

Nach einer lang anhaltenden Phase schwacher Investitionstätigkeit tragen die Anlageinvestitionen im Prognosezeitraum wieder spürbar zum Wachstum der österreichischen Volkswirtschaft bei. Die Ausrüstungsinvestitionen zeigen bereits seit dem zweiten Quartal 2015 eine Aufwärtstendenz und im ersten Quartal 2016 wurden auch die Bauinvestitionen ausgeweitet.

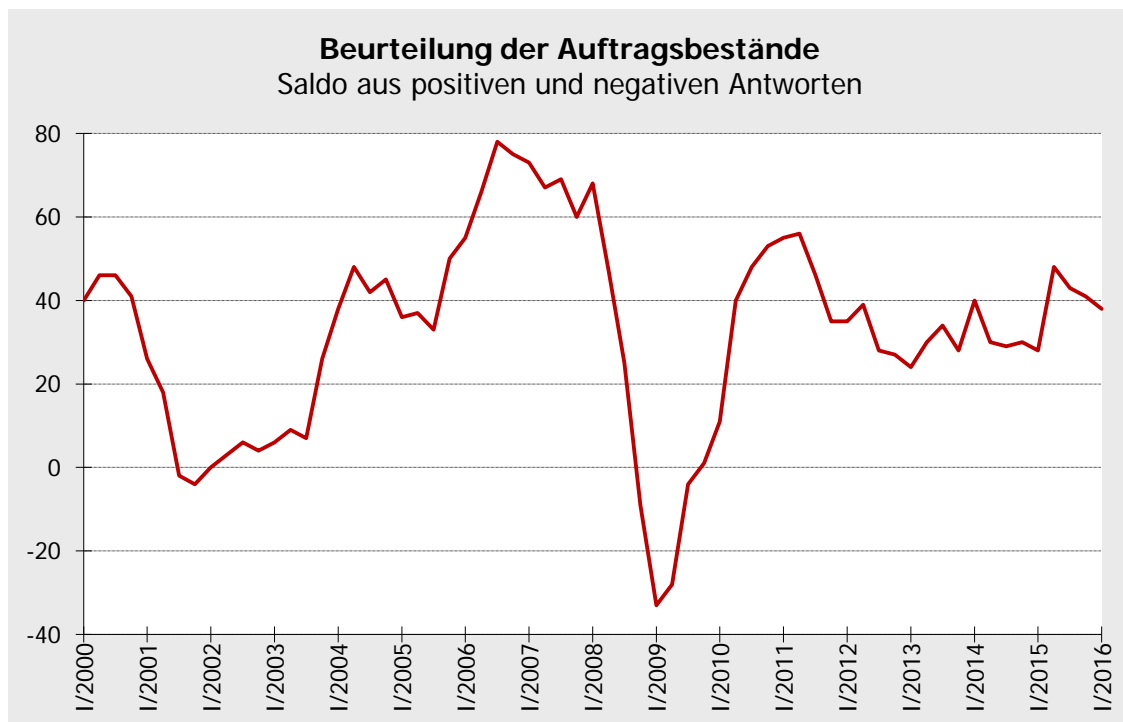
Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich Investitionen in sonstige Anlagen, Forschung und Entwicklung) waren im ersten Quartal 2016 um 3.6 % höher als ein Jahr davor. Auch im zweiten Halbjahr 2015 waren Zuwächse in der gleichen Größenordnung zu verzeichnen. Sowohl in Maschinen und Geräte als auch in Fahrzeuge und „andere Maschinen“ wurde deutlich mehr investiert. Weniger dynamisch zeigten sich die Investitionen in sonstige Anlagegüter (Computerausrüstung, intellektuelle Eigentumsrechte, Nutzpflanzen u.a.).

Die Konjunkturbelebung lässt im heurigen und im kommenden Jahr eine robuste Investitionstätigkeit erwarten. Hohe Geldvermögensbestände der Unternehmen bilden eine solide Basis für die Innenfinanzierung von Investitionsprojekten und auch die Außenfinanzierungskonditionen bleiben vorteilhaft. Laut der Umfrage der Oesterreichischen Nationalbank im Rahmen des *Bank Lending Survey* planten die Geschäftsbanken, die Kreditbedingungen und –richtlinien im zweiten Quartal 2016 unverändert zu lassen. Allerdings war es im ersten Halbjahr 2015 zu Verschärfungen gekommen, was hauptsächlich auf höhere Refinanzierungskosten der Geschäftsbanken zurückzuführen ist.

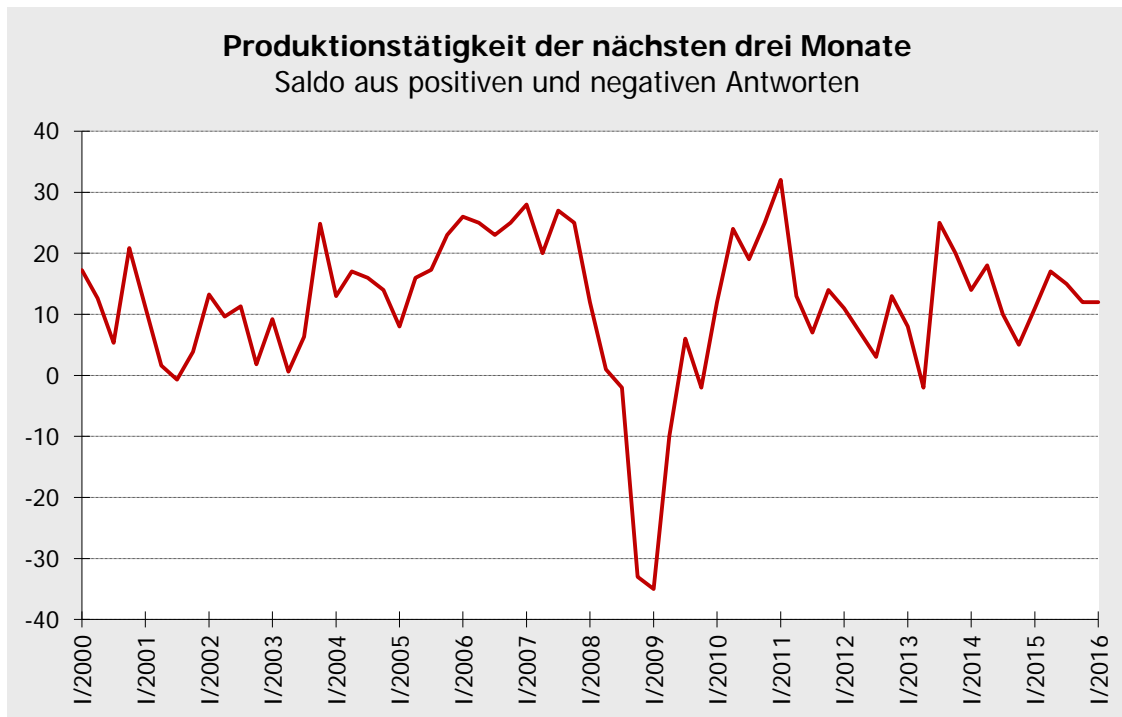
Das Institut erwartet, dass die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr um 3.0 % und im Jahr 2017 um 2.8 % ausgeweitet werden. Einer stärkeren Investitionsdynamik stehen nach wie vor einige hemmende Faktoren entgegen. So verbessert sich das Unternehmensvertrauen in Österreich nur

zögerlich. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass die heimischen Industrieunternehmen ihre Auftragsbestände und die künftige Produktionstätigkeit verglichen mit früheren Aufschwungphasen eher zurückhaltend beurteilen. Die zuletzt wieder leicht gesunkene Kapazitätsauslastung spricht dafür, dass zunächst weiterhin das Ersatzmotiv überwiegt und nur allmählich auch in die Erweiterung der Produktionskapazitäten investiert wird.

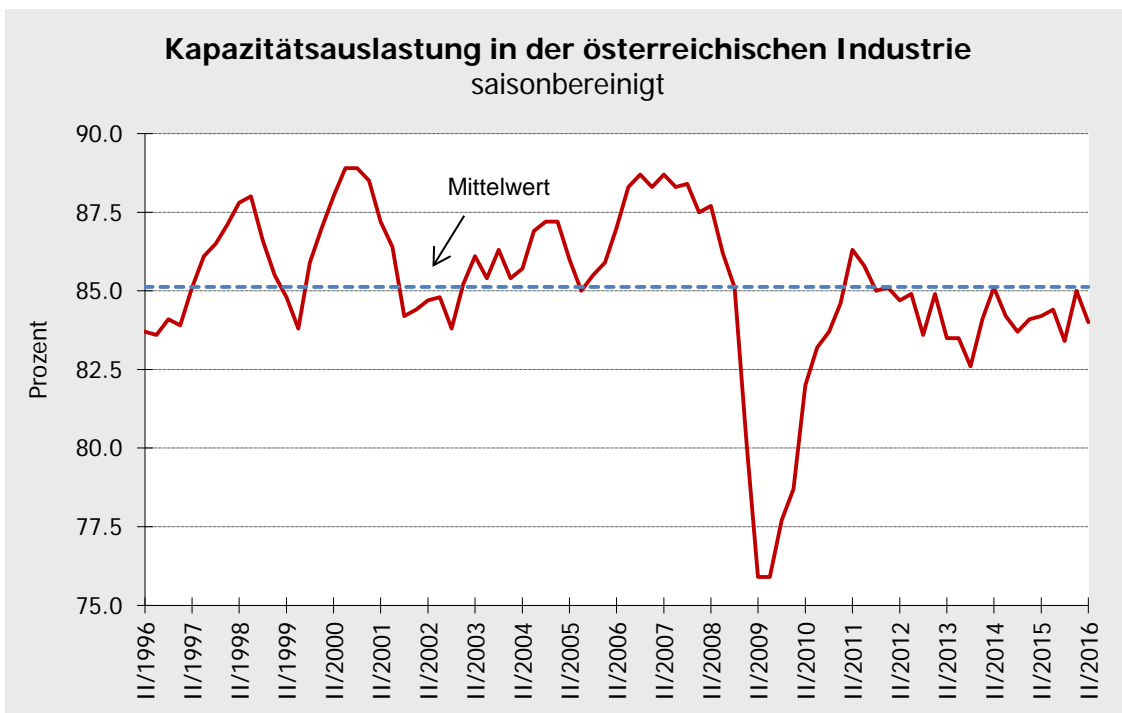
Aufgrund der niedrigen Preise für Rohöl und andere Industrierohstoffe blieb der Preisauftrieb bei den Ausrüstungsinvestitionen zu Jahresbeginn verhalten. Der entsprechende Deflator erhöhte sich im ersten Quartal um 0.6 %. Da die globale Investitionsgüternachfrage nur allmählich Fahrt aufnehmen dürfte, vor allem in den Schwellenländern, ist auch für die Investitionsgüterpreise nur eine moderate Steigerung zu erwarten. Das Institut geht davon aus, dass der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2016 und 2017 um 0.8 % bzw. 1.0 % zunehmen wird.



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission

Die **realen Bauinvestitionen** wiesen im ersten Quartal 2016 mit 1.2 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal erstmals seit Anfang 2014 wieder eine positive Wachstumsrate auf. Sowohl im Wohnbau als auch im Nicht-Wohnbau stiegen die Investitionen, wobei die Zunahme im Nicht-Wohnbau mit 1.6 % deutlich kräftiger war als im Wohnbau mit 0.5 %.

Für den Prognosezeitraum sprechen die Rahmenbedingungen für eine weitere Belebung der Bauinvestitionen. Der Wohnbau profitiert von der hohen Nachfrage nach Wohnraum infolge der weiterhin kräftigen Zuwanderung. Die hohe Nachfrage lässt auch die Immobilienpreise markant steigen. Zudem bleiben die Finanzierungsbedingungen äußerst anregend, auch wenn die Kreditbedingungen in den vergangenen Jahren etwas verschärft wurden. Auch von der Wohnbauinitiative der Bundesregierung sind Impulse zu erwarten. Auf eine Belebung der Wohnbauinvestitionen deutet auch der kräftige Anstieg der Baubewilligungen im vergangenen Jahr hin. Mit der Stärkung der Konjunktur und des Unternehmensvertrauens sollten auch bei den Bauinvestitionen der Unternehmen die vorteilhaften Finanzierungsbedingungen zunehmend zum Tragen kommen. Der Tiefbau wird dagegen wohl nur wenig zum Wachstum der Bauinvestitionen beitragen, da sich in diesem Segment die Budgetkonsolidierungsanstrengungen der Gebietskörperschaften bemerkbar machen. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen im laufenden Jahr um 1.0 % und im kommenden Jahr um 1.5 % ausgeweitet werden.

Vor dem Hintergrund weitgehend stabiler Rohstoffpreise und nur moderat steigender Lohnkosten im Baubereich steigen die Baupreise derzeit nur wenig. Im ersten Quartal erhöhten sich die Preise im Hoch- und Tiefbau im Jahresabstand um 1.0 %. Dabei stand einem Anstieg um 1.8 % im Hochbau ein Rückgang um 0.2 % im Tiefbau gegenüber. Diese Unterschiede sind darauf zurückzuführen, dass die Preise für Baumaterialien, die auf Erdöl basieren (wie Bitumen), Rückgänge verzeichnen; diese haben im Tiefbau ein höheres Gewicht als im Hochbau. Der Deflator der Bauinvestitionen erhöhte sich im ersten Quartal um 1.1 %, womit der Anstieg in der gleichen Größenordnung wie im zweiten Halbjahr 2015 lag. Im Prognosezeitraum dürften die internationalen Rohstoffpreise mit der Festigung der globalen Konjunktur wieder etwas stärker zulegen. Die Lohnkosten dürften angesichts der hohen Arbeitslosigkeit im Baubereich weiterhin nur moderat steigen. Insgesamt erwartet das Institut, dass der Preisindex der Bauinvestitionen im laufenden Jahr um 1.3 % und im kommenden Jahr um 1.8 % steigt.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen folgt, dass die **Bruttoanlageinvestitionen** in den Jahren 2016 und 2017 um 2.1 % bzw. 2.2 % steigen werden. Von den Lagerbestandsveränderungen dürften positive Wachstumsbeiträge ausgehen, sodass die gesamten **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) mit jeweils 2.8 % in beiden Prognosejahren stärker als die Anlageinvestitionen ausgeweitet werden.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** im Prognosezeitraum wird zunächst stark durch die Steuerreform beeinflusst, welche das Budget kurzfristig belastet. Im weiteren Verlauf wird jedoch aufgrund des geringen budgetären Spielraums eine Rückkehr der Budgetpolitik auf den weiterhin notwendigen Konsolidierungspfad erwartet. Ein weitgehend ausgeglichener Staatshaushalt wird allerdings in den nächsten beiden Jahren auch aufgrund der zusätzlichen Belastung durch den starken Zustrom an Flüchtlingen, aber insbesondere durch die Steuerreform kaum zu erreichen sein. Die gesamtstaatliche Defizitquote ist zwar im Jahr 2015 aufgrund unerwartet starken Steuereinnahmen auf 1.2 % zurückgegangen, durch die Steuerreform wird die Rückführung des

Maastricht-Defizites im Jahr 2016 jedoch unterbrochen und das Budgetdefizit wird voraussichtlich auf 1.8 % ansteigen. Für 2017 wird ein weiterer Rückgang des Maastricht-Defizites auf 1.4 % erwartet.

Dieser kurzfristige Anstieg des Maastricht-Defizits ist wesentlich durch die seit Beginn des Jahres geltende Steuerreform bedingt, welche eine einkommensteuerliche Entlastung von ungefähr 5 Mrd. Euro vorsieht. Nach den Einschätzungen des Institutes sind die Maßnahmen zur Gegenfinanzierung im Prognosezeitraum noch nicht vollständig wirksam.

Die Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer sind aufgrund der Steuerreform in den ersten Monaten dieses Jahres wie erwartet rückläufig, während die Einnahmen aus Verbrauchs- und Verkehrssteuern, allen voran der Mehrwertsteuer, ansteigen. Der Anstieg der Mehrwertsteuereinnahmen ist jedoch, auch aufgrund der niedrigen Inflation, nur sehr moderat. Zusätzlich sind einige der Gegenfinanzierungsmaßnahmen, wie die Erhöhung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes und die Registrierkassenpflicht, erst mit zeitlicher Verzögerung Anfang Mai 2016 in Kraft getreten. Gemeinsam mit dem starken Rückgang in den Kapitalertragssteuern, welche die Vorzieheffekte Ende 2015 widerspiegeln, ergibt sich somit ein wesentlicher Beitrag der Steuerreform zum kurzfristigen Anstieg des Maastricht-Defizites.

Die weiteren geplanten und notwendigen Einsparungen durch die Verwaltungsreform und bei Förderungen, insbesondere jener Teil welcher über die Verteilungsschlüssel des Finanzausgleiches mit den subnationalen Gebietskörperschaften erzielt werden soll, muss in Kombination mit der Neuverhandlung des Finanzausgleiches dazu genutzt werden, den österreichischen Finanzföderalismus zu entflechten. Durch eine klare Abgrenzung der Kompetenzen, Beseitigung von Mehrfachzuständigkeiten und anreizkompatibleren Finanzbeziehungen können die öffentlichen Leistungen effizienter angeboten werden.

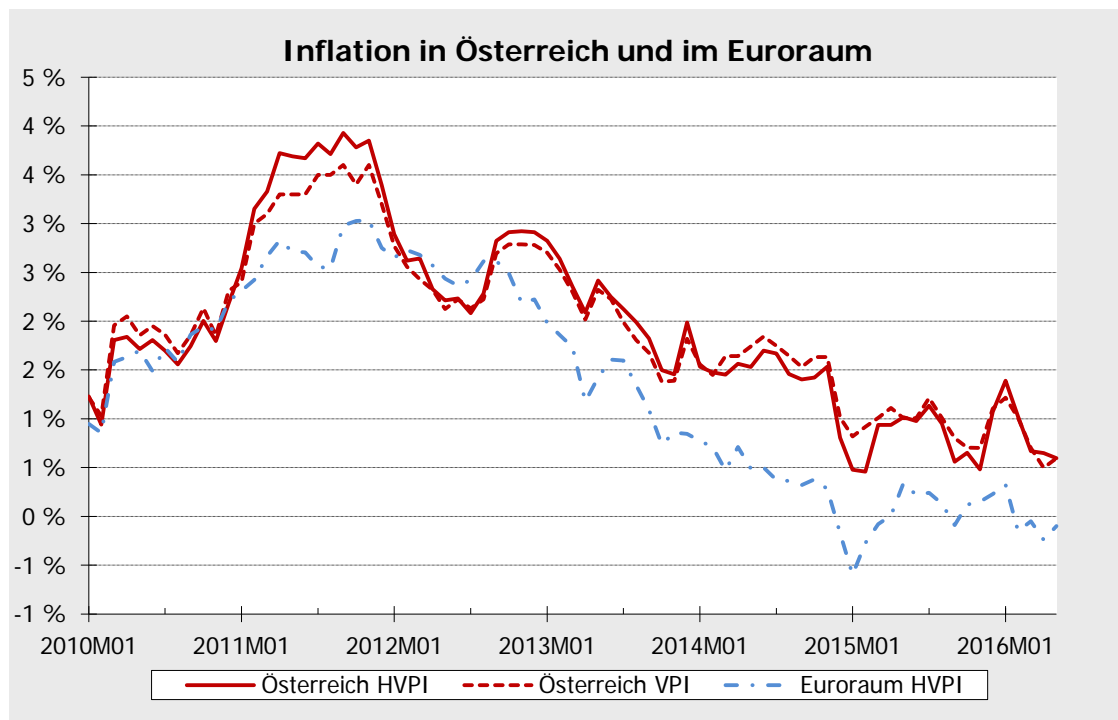
Zusätzlich zu der kurzfristigen Belastung des Budgets durch die Steuerreform kommen die Kosten zur Integration der Flüchtlinge. Trotz der derzeitigen Abschwächung des Zustroms besteht weiterhin Unsicherheit bezüglich der weiteren Entwicklung. Unabhängig von zusätzlichen Kosten bei einem möglichen erneuten Anstieg der Flüchtlingszahlen, hängt die kurzfristige fiskalische Belastung von der Dauer der Asylverfahren, der Anerkennungsraten und der Integration der Flüchtlinge am Arbeitsmarkt ab. In der Prognose werden daher weiterhin für 2016 und 2017 jeweils 0.2 % des BIPs an zusätzlichen Kosten berücksichtigt, was zumindest für 2016 etwas über den im Budgetbericht vorgesehenen 500 Mio. Euro liegt.

In Summe besteht unabhängig von den Zusatzkosten für Asylwerber in der Berechnung des strukturellen Defizits weiterer Konsolidierungsbedarf in der Größenordnung von bis zu ½ Prozentpunkt des BIP, um das Ziel des strukturellen Nulldefizites im Jahr 2016 zu erreichen. Trotz der zuletzt etwas besseren Entwicklung bei den Zuschüssen zu den Pensionen besteht weiterhin Unsicherheit hinsichtlich der längerfristigen Wirkung der Maßnahmen zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters. Weiterhin günstig wirkt sich jedoch das außerordentlich niedrige Zinsniveau aus, welches die Finanzierungskosten des Staates trotz hoher Gesamtverschuldung senkt.

Der enge budgetäre Spielraum lässt trotz notwendiger Zusatzausgaben für die Integration von Flüchtlingen und zur Stärkung der inneren Sicherheit nur eine geringe Ausweitung des realen

öffentlichen Konsums zu. Mit einem Anstieg von 1.5 % bzw. 1.3 % kann daher nur mit moderaten zusätzlichen Wachstumsimpulsen gerechnet werden.

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** stiegen im ersten Quartal dieses Jahres um 1.4 %, während die Tariflöhne mit 2.0 % wuchsen. Somit wachsen die Effektivlöhne bereits knappe fünf Jahre langsamer als die Tariflöhne. Die Lohndrift, die diesen Prozess des Auseinanderdriftens der beiden Werte beschreibt, hat sich im letzten halben Jahr sogar noch einmal beschleunigt. Allerdings ist am aktuellen Rand eine Verlangsamung der Tariflohnerhöhung (auf 1.5 %) zu verzeichnen, was auf die im Vorjahresvergleich niedrigeren Abschlüsse der Herbstlohnrunde (Metaller und Handel je 1.5 % und Öffentlicher Dienst 1.3 %) zurückzuführen ist. Für den Jahresdurchschnitt 2016 erwartet das Institut einen Anstieg der Effektivlöhne von 1.4 %. Damit ergibt sich ein kleines Reallohnplus von 0.4 %. Aufgrund der Steuerreform bedeutet das einen Anstieg der Nettolöhne um knapp 2 %. Für nächstes Jahr wird mit einem nominellen Lohnwachstum von 1.6 % gerechnet. Dämpfend wirken die geringe Inflationsrate des heurigen Jahres, welche als Basis für die Inflationsabgeltung in den kommenden Lohnverhandlungen dient, sowie die ungünstige Arbeitsmarktsituation. Somit stagnieren die Reallöhne im nächsten Jahr.



Quelle: Statistik Austria, Eurostat

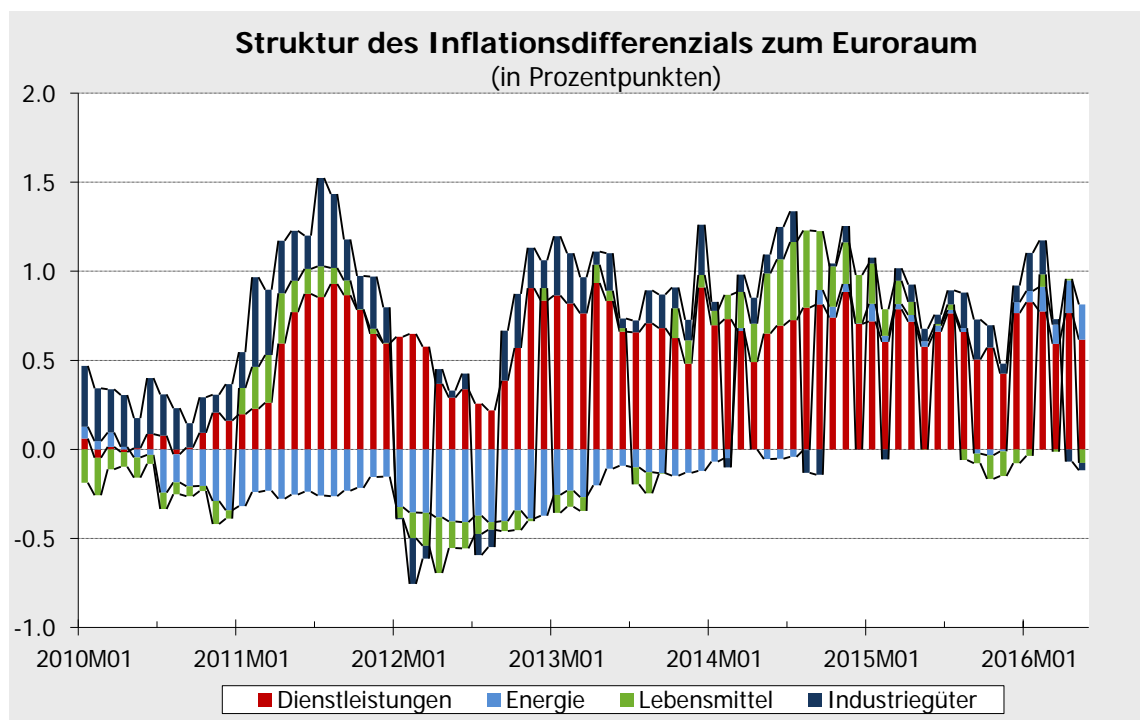
Die **Inflationsrate** (laut nationaler Definition) wird seit gut eineinhalb Jahren maßgeblich durch den Preisverfall des Rohöls beeinflusst, welcher die Inflationsrate im Schnitt um 0.6 Prozentpunkte nach unten drückt. So pendelte die Inflationsrate im Verlauf des Jahres 2015 um die 1 %-Marke und sackte zuletzt ab März dieses Jahres noch einmal auf ein Niveau zwischen 0.5 % und 0.7 % ab. Eine Reihe von Sondereffekten überlagert dazu jüngst den übergeordneten Trend. So wurden z.B. im Zuge der Abschaffung der Milchquote in der EU Milchprodukte merklich billiger werden. Aber auch der Wegfall von Aktivierungsentgelten von Mobiltelefonen oder etwa die Reduktion von Roamingkosten führten zu einem geringeren Preisdruck. Dazu kommt, dass die Anhebung des

reduzierten Mehrwertsteuersatzes noch zu keinen größeren Effekten geführt hat, wenn man einzelne Positionen wie etwa Filmvorführungen und Übernachtungen im oberen Preissegment oder auch Wellnesshotels einmal außer Acht lässt. Bis spätestens zum Jahresende wird der Preiseffekt der Ölpreisverbilligung auslaufen und sich damit der negative Inflationsbeitrag aus dem Bereich Energie wegfallen. Preistreiber wird dann nach wie vor der Dienstleistungsbereich, und hier insbesondere der Bereich Restaurants und Hotels, sein. Im Jahresdurchschnitt 2016 erwartet das Institut nunmehr eine Inflationsrate von 1.0 %. Unter der Annahme keiner weiteren großen Ölpreisänderungen, einer sich verfestigenden Konjunktur und bei moderaten Lohnstückkosten kehrt die Teuerungsrate in 2017 auf ein höheres Niveau von im Schnitt 1.7 % zurück.

Inflationsraten im Überblick

	2014	2015	2016	2017
Österreich laut VPI (%)	1.7	0.9	1.0	1.7
Österreich laut HVPI (%)	1.5	0.8	1.0	1.7
Euroraum laut HVPI (%)	0.4	0.0	0.3	1.3

Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Für den Euroraum erwartet das Institut einen Anstieg des **Harmonisierten Verbraucherpreisindex** von 0.3 % in 2016 und 1.3 % im Jahr 2017. Somit ist die österreichische Teuerungsrate im Vergleich zu den anderen Ländern des Euroraums weiterhin am oberen Rand zu verorten. Allerdings impliziert diese Prognose auch, dass sich das Inflationsdifferential zum Euroraum von derzeit 0.7 Prozentpunkten auf ca. 0.3 Prozentpunkte verkleinern wird. Eine

Rückkehr ins europäische Mittelfeld wird aber weiterhin fast ausschließlich durch den im Vergleich stärkeren Preisdruck aus dem Dienstleistungsbereich verhindert.

Die Konjunkturerholung und das weiterhin kräftig steigende Arbeitskräfteangebot prägen die **Arbeitsmarktentwicklung** im Prognosezeitraum. In der ersten Hälfte des heurigen Jahres hat die Beschäftigung stark zugenommen und der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist fast zum Stillstand gekommen. Wie schon in den vergangenen Jahren treibt die Migration das Arbeitskräfteangebot an. Verstärkend wirkt der Zustrom von Asylberechtigten auf den Arbeitsmarkt. Das Institut erwartet für die beiden Prognosejahre eine Ausweitung der Beschäftigung um 1.5 % bzw. 1.2 %. Dies reicht jedoch nicht aus, um das zusätzliche Arbeitskräftepotenzial vollständig aufzunehmen. Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) klettert somit auf 9.3 % und sollte 2017 9.7 % betragen.

Seit November des Vorjahres steigt die Beschäftigung kräftig. Im Mai lag die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** um 58,000 bzw. 1.7 % über dem Vorjahresniveau. Dabei expandierte die Beschäftigung bei den Männern etwas stärker, was auf eine Erholung der konjunkturreagiblen Branchen (Sachgüterproduktion, Bau) zurückgehen dürfte. Die Beschäftigung ist im Vorjahresvergleich in allen Wirtschaftssektoren gestiegen. In der Sachgüterproduktion entstanden im Jahresabstand per Saldo 2,500 zusätzliche Arbeitsplätze. Besonders expansiv entwickelten sich dabei die Bereiche Elektro/Elektronik (1,500), Chemie (1,400) sowie Metall (1,200). Abgebaut wurde die Beschäftigung hingegen in den Branchen Textil (-1,100), Herstellung von Glas/Möbel/sonstige Waren (-1,000) und Holz/Papier/Druckerei (-500). Am Bau legte die Zahl der Beschäftigten im Jahresabstand um 3,500 Personen zu. Im Dienstleistungssektor expandiert die Beschäftigung weiterhin breitflächig, insgesamt nahm die Zahl der Beschäftigten um 51,400 Personen zu. Besonders kräftig fielen die Zuwächse bei den wirtschaftsnahen Dienstleistungen (12,000), im Gesundheitswesen (9,800), im Handel (7,200) sowie in der öffentlichen Verwaltung (6,000) aus.

Die konjunkturelle Entwicklung und der Indikator der offenen Stellen legen eine Fortsetzung der kräftigen Beschäftigungsdynamik in den nächsten Monaten nahe. Für den Jahresdurchschnitt 2016 wird nunmehr ein Anstieg der Aktiv-Beschäftigten um rund 52,000 Personen bzw. 1.5 % erwartet. Auch im nächsten Jahr dürfte die Beschäftigung noch kräftig expandieren (1.2 %).

In der ersten Jahreshälfte hat sich der Anstieg bei den vorgemerkten **Arbeitslosen** deutlich verringert. So lag im Mai die Arbeitslosenzahl nur noch um 4,000 Personen bzw. 2 % über dem Vorjahresniveau. Allerdings nimmt auch die Zahl der Schulungsteilnehmer seit Jahresbeginn wieder zu (zusätzliche 6,000 Personen im Mai). In sektoraler Sicht stieg die Zahl der Arbeitslosen im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und im Handel, in der Sachgüterproduktion und am Bau sanken die Arbeitslosenzahlen hingegen. Die saisonbereinigten Daten wiesen seit Herbst letzten Jahres eine fallende Arbeitslosenzahl aus, allerdings steigt seit März die Arbeitslosenzahl wieder geringfügig an.

Arbeitsmarktentwicklung 2016

	Jänner bis Mai (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	50,663	1.5 %
Männer	30,809	1.7 %
Frauen	19,854	1.2 %
Aktiv-Beschäftigte*	52,325	1.5 %
Primärer Sektor	756	1.1 %
Sachgüterproduktion	794	0.1 %
Bau	3,502	1.5 %
Dienstleistungssektor	47,247	1.9 %
Arbeitslose	8,040	2.2 %
Männer	1,574	0.7 %
Frauen	6,466	4.4 %
Schulungsteilnehmer	2,424	3.6 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

* ohne Kindergeldbezieherinnen und Präsenzdienner mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis

Der Konjunkturaufschwung und die steuerliche Entastung des Faktors Arbeit sollten eigentlich zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit führen. Der kräftige Beschäftigungsanstieg reicht allerdings nur aus, das steigende Arbeitskräfteangebot zu absorbieren. Insbesondere die Migration, aber auch die erhöhte Erwerbsneigung der Älteren und der Frauen, treiben weiterhin das Arbeitskräfteangebot an. Zusätzlich ist noch der Sondereffekt des Zustroms der Asylberechtigten auf dem Arbeitsmarkt zu berücksichtigen. Im Verlauf der letzten Monate ist die Zahl der arbeitslosen Asylberechtigten aber nur wenig gestiegen. Das Institut geht weiterhin von der Annahme aus, dass der starke Zustrom an Asylwerbern im Vorjahr letztendlich auch in der Arbeitsmarktstatistik reflektiert wird. Für den weiteren Jahresverlauf rechnet das Institut mit einer leicht steigenden Arbeitslosenzahl. Insgesamt ergibt sich somit für den Arbeitslosenbestand ein Anstieg um 12,500 Personen im Durchschnitt des heurigen Jahres. Nächstes Jahr wird gegenwärtig von einem Anstieg um 22,000 Personen ausgegangen. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass die Zahl der Asylberechtigten, die am Arbeitsmarkt auftreten, kräftig ansteigt. Die Auswirkungen der Asylthematik auf die Arbeitsmarktstatistik bilden weiterhin ein großes Prognoserisiko.

Da der starke Beschäftigungsanstieg nicht ausreicht, den Zuwachs des Arbeitskräfteangebots vollständig aufzunehmen, klettert die Arbeitslosenquote (nationale Definition) im Jahresdurchschnitt 2016 von 9.1 % auf 9.3 %. Für das Jahr 2017 wird ein Wert von 9.7 % erwartet. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition sollte im Prognosezeitraum 6.1 % bzw. 6.2 % betragen.

Die aktuelle Lage birgt weiterhin große Herausforderungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Bedenklich ist insbesondere die zunehmende Verfestigung der Arbeitslosigkeit. Ein Drittel der Arbeitslosen ist bereits seit einem Jahr ohne Beschäftigung. Die steigende Langzeitarbeitslosigkeit sollte durch vermehrte Qualifizierungs- bzw. Requalifizierungsmaßnahmen bekämpft werden.

Lohnsubventionen führen dazu, dass Langzeitarbeitslose schneller in Beschäftigung gebracht werden, bei einer stärkeren Ausweitung sind aber verstärkte Mitnahmeeffekte zu befürchten.

Das hohe Arbeitslosigkeitsrisiko von Personen mit Migrationshintergrund legt nahe, dass Integrationsmaßnahmen mit stärkerem Arbeitsmarktbezug eingesetzt werden sollten. Internationale Erfahrungen zeigen, dass Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen möglichst früh einsetzen sollen. Notwendig erscheint daher eine Beschleunigung der Asylverfahren. Positiv sind auch alle Maßnahmen zu bewerten, die dazu führen, dass die vorhandenen Qualifikationen der Zuwanderer am österreichischen Arbeitsmarkt anerkannt und eingesetzt werden können (Kompetenzchecks, Nostrifikation, Kurzlehren). Allerdings scheint ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Asylberechtigten nur geringe Qualifikationen aufzuweisen. Vor diesem Hintergrund sind ausgedehnte Qualifizierungsprogramme anzudenken. Jedenfalls sollten die notwendigen Fördermaßnahmen für anerkannte Flüchtlinge nicht zulasten der traditionellen Zielgruppen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gehen.

Zur Lösung der strukturellen Probleme am österreichischen Arbeitsmarkt reicht die aktive Arbeitsmarktpolitik (Qualifizierungspolitik) nicht aus. Das steigende Arbeitskräfteangebot wird vom Institut vor dem Hintergrund der Alterung als positiv eingeschätzt. Allerdings sind Reformen notwendig, um die für eine Senkung der Arbeitslosigkeit notwendige Erhöhung der Arbeitsnachfrage zu generieren. So könnte etwa eine merkliche Lohnnebenkostensenkung die Beschäftigungsnachfrage kräftigen. Weitere Maßnahmen zur Arbeitszeitflexibilisierung, die dazu beitragen die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft erhöhen, sind anzudenken. Die aktuelle Einigung der Sozialpartner bei der Flexibilisierung der Metaller-Arbeitszeiten ist ein gutes Beispiel. Weiters sind Reformen im Bildungsbereich unbedingt notwendig, um längerfristig die ausreichende Qualifikation der Arbeitskräfte in Österreich sicherzustellen. Die Arbeitsmarktchancen für Geringqualifizierte werden wohl auch in Zukunft weiter sinken.

5. Monetäre Prognose

Nach den Zinssenkungen im März liegen die Leitzinsen im Euroraum unverändert auf historisch niedrigen Niveaus. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt 0 %, der Zinssatz für die Spitzenfazilität liegt bei 0.25 % und jener für die Einlagenfazilität liegt bei -0.40 %. Banken müssen also weiterhin dafür bezahlen, wenn sie Geld (neben der Mindestreserve) bei der EZB anlegen. In den USA wurde zwar im vergangenen Dezember die Zinswende eingeleitet – mit einer Erhöhung der Spanne für den Zielsatz für Taggeld auf 0.25 – 0.50, seit diesem Zeitpunkt gab es allerdings keine weiteren Zinserhöhungen. In Japan sind die Leitzinsen seit ihrer Rücknahme im Februar auf -0.1 % konstant geblieben. Auch in anderen Ländern blieben die Leitzinsen zuletzt unverändert. Im Vereinigten Königreich liegt der Leitzinssatz (*official bank rate*) weiterhin bei 0.5 %, in der Schweiz liegt das gesamte Zielband für den 3-Monats-Libor nach wie vor im negativen Bereich (-1.25 % bis -0.25%).

Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, liegt weiterhin deutlich unter der Zielmarke der EZB von knapp 2 %. Im laufenden Jahr bleibt der Jänner weiterhin der einzige Monat, in dem eine positive Inflationsrate verzeichnet wurde. Einer Inflationsrate von 0.0 % im März folgten im April und Mai leicht negative Raten von -0.2 % bzw. -0.1 %. In der zweiten Jahreshälfte sollte die Inflation wieder etwas anziehen, sodass für den Jahresdurchschnitt 2016 ein Wert von 0.3 % erwartet wird. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut keinen Zinsschritt der EZB. Damit bleibt die Geldpolitik für Österreich weiterhin deutlich expansiv ausgerichtet.

Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2013	0.25	0 – 0.25	0.5	0 – 0.25	0.1
Ende 2014	0.05	0 – 0.25	0.5	-0.75 – 0.25	0.1
Ende 2015	0.05	0.25 – 0.5	0.5	-1.25 – -0.25	0.1
17.6.2016	0.00	0.25 – 0.5	0.5	-1.25 – -0.25	-0.1

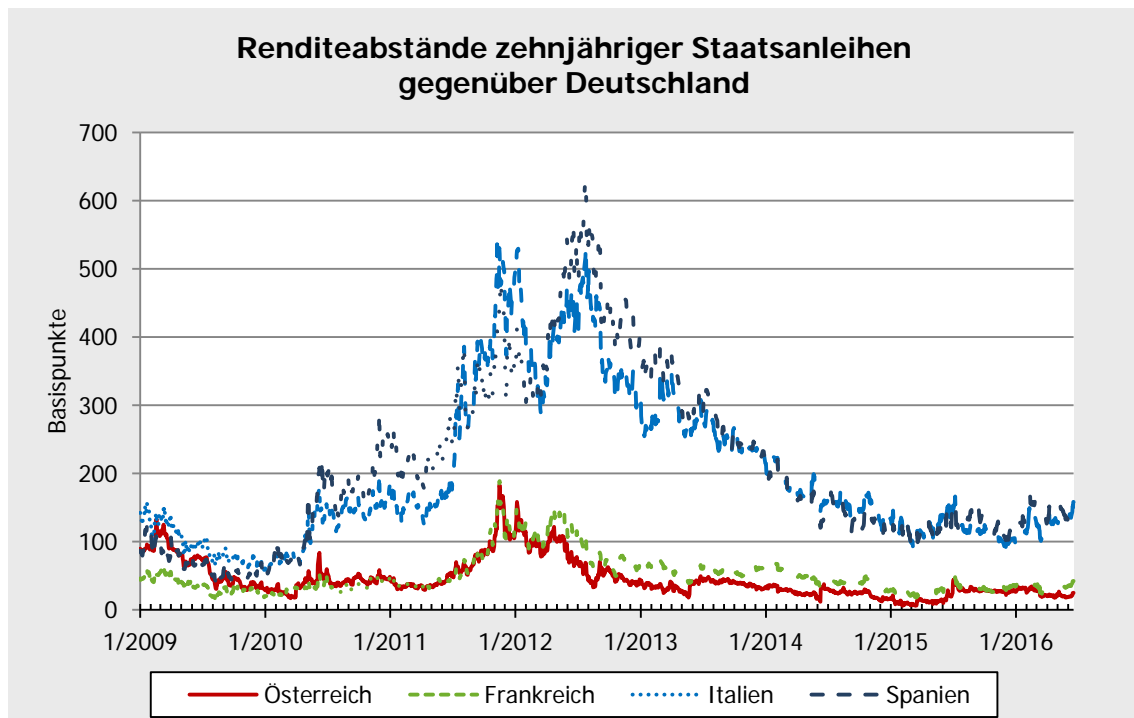
Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

Die Geldmarktzinsen sind in den vergangenen Monaten leicht zurückgegangen, wobei die 3-Monats-Zinsen weiterhin im negativen Bereich notieren. Im Durchschnitt betrug der 3-Monats-Euribor im zweiten Quartal des laufenden Jahres -0.3 %, was gegenüber dem Vorquartal einen Rückgang um rund 10 Basispunkte bedeutet. Gegenüber dem Vorjahresquartal notierte der 3-Monats-Euribor um etwa 30 Basispunkte tiefer. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut weitgehend konstante Geldmarktzinsen. Die Prognose für den jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor in den Jahren 2016 und 2017 beträgt jeweils -0.3 %.

Die Renditen von Staatsanleihen sind im laufenden Quartal weiter gesunken. Damit lag das Renditeniveau im Durchschnitt des zweiten Quartals des laufenden Jahres deutlich unterhalb des Niveaus des Vorquartals. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren notierten im zweiten Quartal 2016 zu durchschnittlich 0.3 % bzw. 0.1 %. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorquartal um rund 30 bzw. 20 Basispunkte. Im Vergleich zum Vorjahresquartal lagen die österreichischen Renditen ebenfalls um etwa 30 Basispunkte niedriger, die deutschen sogar um rund 40 Basispunkte. Zuletzt ist die Rendite deutscher 10-jähriger

Bundesanleihen zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland unter die Nullschränke gefallen.

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hoch hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraumländer höhere Renditen aufweisen. Die Spreads (Renditeabstände) von Italien, Spanien und Frankreich zu Deutschland haben sich zuletzt etwas ausgeweitet, jene von Frankreich marginal, die Spreads von Österreich hingegen sind weitgehend konstant geblieben.



Quelle: Thomson Reuters Datastream

Das Institut rechnet weiterhin damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern in der Prognoseperiode nur leicht ansteigt bzw. in den kommenden Monaten sogar noch leicht zurückgeht. Für die Jahre 2016 und 2017 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 0.4 % bzw. 0.7 % prognostiziert.

Bezogen auf Quartalsdurchschnittswerte hat der Euro gegenüber dem US-Dollar im zweiten Quartal des laufenden Jahres etwas aufgewertet. Im Quartalsdurchschnitt betrug der Wechselkurs 1.13 USD/EUR, was einer leichten Aufwertung (2.4 %) gegenüber dem Vorquartal und einer nahezu gleichen Veränderung (2.2 %) gegenüber dem Vorjahresquartal entspricht. Für die Jahre 2016 und 2017 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von jeweils 1.12 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2016 und 2017 hat sich seit der letzten Prognose nur leicht verändert und fällt wie folgt aus: Die Sichteinlagen sollten um 9.6 % bzw. 7.5 % steigen. Die Termineinlagen dürften um 5.6 % bzw. 0.8 % expandieren. Für

die Spareinlagen prognostiziert das Institut ein Wachstum um 0.7 % bzw. 1.6 %. Das Kreditvolumen sollte in der Prognoseperiode um 1.1 % bzw. 1.4 % ausgeweitet werden.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	294.627 1.9%	302.901 2.8%	305.195 0.8%	306.175 0.3%	307.257 0.4%	309.906 0.9%	314.572 1.5%	319.359 1.5%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	294.627 2.9%	308.630 4.8%	317.056 2.7%	322.878 1.8%	329.296 2.0%	337.286 2.4%	346.996 2.9%	357.424 3.0%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	100.000 1.0%	101.892 1.9%	103.886 2.0%	105.455 1.5%	107.173 1.6%	108.835 1.6%	110.307 1.4%	111.919 1.5%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	90.334 1.9%	93.315 3.3%	95.574 2.4%	97.471 2.0%	99.097 1.7%	100.000 0.9%	101.000 1.0%	102.717 1.7%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	42.609 1.2%	43.433 1.9%	44.605 2.7%	45.566 2.2%	46.431 1.9%	47.232 1.7%	47.893 1.4%	48.659 1.6%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3448.745 1.0%	3500.476 1.5%	3542.482 1.2%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.260 0.149	9.663 0.403

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
PRIVATER KONSUM	158.041 1.0%	160.094 1.3%	160.999 0.6%	161.106 0.1%	161.183 0.0%	161.813 0.4%	164.248 1.5%	166.268 1.2%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.049 0.1%	60.058 0.0%	60.148 0.2%	60.495 0.6%	60.996 0.8%	61.864 1.4%	62.483 1.0%	62.795 0.5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	63.764 -2.1%	68.049 6.7%	68.938 1.3%	68.752 -0.3%	68.612 -0.2%	68.938 0.5%	70.367 2.1%	71.897 2.2%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	2.626 0.9	4.798 1.6	3.958 1.3	2.678 0.9	1.363 0.4	0.784 0.3	1.284 0.4	1.784 0.6
INLANDSNACHFRAGE	284.834 0.8%	292.845 2.8%	294.132 0.4%	293.801 -0.1%	293.498 -0.1%	296.254 0.9%	301.243 1.7%	305.603 1.4%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	9.794 3.3	10.055 3.3	11.060 3.6	12.357 4.0	13.788 4.5	13.696 4.4	13.373 4.3	13.794 4.3
BIP ZU MARKTPREISEN	294.627 1.9%	302.901 2.8%	305.195 0.8%	306.175 0.3%	307.257 0.4%	309.906 0.9%	314.572 1.5%	319.359 1.5%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
PRIVATER KONSUM	0.531	0.697	0.299	0.035	0.025	0.205	0.786	0.642
ÖFFENTLICHER KONSUM	0.027	0.003	0.030	0.113	0.164	0.282	0.200	0.099
BRUTTOINVESTITIONEN	0.078	2.071	-0.082	-0.519	-0.364	-0.037	0.627	0.648
ANLAGEINVESTITIONEN	-0.470	1.454	0.294	-0.061	-0.046	0.106	0.461	0.486
LAGERVERÄNDERUNGEN	0.560	0.737	-0.277	-0.420	-0.430	-0.188	0.161	0.159
EXPORTE I.W.S.	6.320	3.046	0.870	0.432	1.125	0.892	1.476	1.911
WAREN	6.306	2.354	0.470	-0.101	0.781	0.658	1.096	1.412
DIENSTLEISTUNGEN	0.040	0.693	0.397	0.522	0.341	0.234	0.380	0.498
IMPORTE I.W.S.	-5.203	-2.958	-0.539	-0.007	-0.658	-0.922	-1.580	-1.777
WAREN	-4.792	-2.445	-0.009	0.760	-0.230	-0.929	-1.352	-1.340
DIENSTLEISTUNGEN	-0.432	-0.513	-0.541	-0.785	-0.425	-0.007	-0.243	-0.437
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1.929	2.808	0.757	0.321	0.353	0.862	1.506	1.522

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
HAUSHALTSSPARQUOTE	9.3	7.9	9.2	7.3	7.8	6.9	7.8	7.5
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-2.0	-1.4	1.3	-1.9	0.5	-0.9	0.8	-0.2
INVESTITIONSQUOTE	21.6	22.5	22.7	22.5	22.4	22.1	22.2	22.3
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.8	0.9	0.2	-0.2	-0.1	-0.2	0.0	0.1
REALZINSSATZ	2.16	1.39	0.33	0.48	-0.15	-0.81	-0.93	-0.73
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.14	-0.77	-1.06	0.15	-0.63	-0.66	-0.13	0.20
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	90.14 1.7%	93.34 3.6%	95.74 2.6%	97.77 2.1%	99.20 1.5%	100.00 0.8%	101.00 1.0%	102.72 1.7%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	42.609 -0.5%	42.070 -1.3%	42.220 0.4%	42.222 0.0%	42.155 -0.2%	42.485 0.8%	42.653 0.4%	42.653 0.0%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9.038 1.1%	9.114 0.8%	9.055 -0.7%	9.027 -0.3%	8.996 -0.3%	8.986 -0.1%	8.987 0.0%	9.015 0.3%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	111.887 0.0%	113.092 1.1%	116.907 3.4%	119.792 2.5%	122.489 2.3%	124.738 1.8%	126.477 1.4%	128.094 1.3%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	4.8 -0.5	4.6 -0.2	4.9 0.3	5.4 0.5	5.6 0.2	5.7 0.1	6.1 0.4	6.2 0.1
BUDGETSALDO MAASTRICHT IN PROZENT DES BIP <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-4.4 0.9	-2.6 1.9	-2.2 0.4	-1.3 0.9	-2.7 -1.4	-1.2 1.5	-1.8 -0.6	-1.4 0.4

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	152.703 2.8%	159.775 4.6%	164.306 2.8%	167.779 2.1%	171.198 2.0%	173.327 1.2%	177.563 2.4%	182.569 2.8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.338 -0.8%	5.416 1.5%	5.751 6.2%	5.935 3.2%	6.146 3.5%	6.480 5.4%	6.874 6.1%	7.187 4.5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.049 2.0%	61.050 1.7%	62.661 2.6%	63.851 1.9%	65.586 2.7%	67.663 3.2%	69.364 2.5%	70.583 1.8%
BRUTTOINVESTITIONEN	66.744 2.1%	74.612 11.8%	76.113 2.0%	75.106 -1.3%	74.940 -0.2%	75.575 0.8%	78.534 3.9%	81.934 4.3%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	32.914 0.6%	36.768 11.7%	37.578 2.2%	38.422 2.2%	39.005 1.5%	39.996 2.5%	41.526 3.8%	43.094 3.8%
BAUINVESTITIONEN	30.850 -2.4%	32.650 5.8%	34.287 5.0%	34.215 -0.2%	34.624 1.2%	34.616 0.0%	35.400 2.3%	36.559 3.3%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.000 0.513	0.000 0.000	0.000 0.000	0.491 0.491	-0.938 -1.429	-0.448 0.490	-0.455 -0.008	-0.464 -0.008
INLANDSNACHFRAGE	284.834 2.6%	300.853 5.6%	308.831 2.7%	313.162 1.4%	316.932 1.2%	322.596 1.8%	331.880 2.9%	341.809 3.0%
EXPORTE I.W.S.	150.271 17.0%	165.648 10.2%	170.599 3.0%	171.877 0.7%	175.344 2.0%	180.002 2.7%	185.444 3.0%	193.799 4.5%
IMPORTE I.W.S.	140.477 17.1%	157.871 12.4%	162.374 2.9%	162.161 -0.1%	162.980 0.5%	165.312 1.4%	170.328 3.0%	178.184 4.6%
BIP ZU MARKTPREISEN	294.627 2.9%	308.630 4.8%	317.056 2.7%	322.878 1.8%	329.296 2.0%	337.286 2.4%	346.996 2.9%	357.424 3.0%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	152.703 1.1%	154.760 1.3%	155.520 0.5%	155.467 0.0%	155.435 0.0%	155.907 0.3%	158.137 1.4%	160.034 1.2%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.338 -2.7%	5.334 -0.1%	5.482 2.8%	5.641 2.9%	5.754 2.0%	5.916 2.8%	6.123 3.5%	6.246 2.0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.049 0.1%	60.058 0.0%	60.148 0.2%	60.495 0.6%	60.996 0.8%	61.864 1.4%	62.483 1.0%	62.795 0.5%
BRUTTOINVESTITIONEN	66.744 0.3%	72.846 9.1%	72.599 -0.3%	71.016 -2.2%	69.902 -1.6%	69.788 -0.2%	71.731 2.8%	73.769 2.8%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	32.914 0.3%	36.351 10.4%	36.536 0.5%	37.063 1.4%	37.257 0.5%	37.990 2.0%	39.129 3.0%	40.205 2.8%
BAUINVESTITIONEN	30.850 -4.6%	31.698 2.7%	32.397 2.2%	31.701 -2.1%	31.378 -1.0%	31.000 -1.2%	31.310 1.0%	31.780 1.5%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.000 0.504	-0.153 -0.153	0.386 0.539	1.199 0.813	1.382 0.183	2.734 1.352	2.726 -0.008	2.721 -0.005
INLANDSNACHFRAGE	284.834 0.8%	292.845 2.8%	294.132 0.4%	293.801 -0.1%	293.498 -0.1%	296.254 0.9%	301.243 1.7%	305.603 1.4%
EXPORTE I.W.S.	150.271 13.8%	159.246 6.0%	161.882 1.7%	163.200 0.8%	166.645 2.1%	169.384 1.6%	173.958 2.7%	179.970 3.5%
IMPORTE I.W.S.	140.477 12.0%	149.191 6.2%	150.822 1.1%	150.843 0.0%	152.856 1.3%	155.688 1.9%	160.585 3.1%	166.176 3.5%
BIP ZU MARKTPREISEN	294.627 1.9%	302.901 2.8%	305.195 0.8%	306.175 0.3%	307.257 0.4%	309.906 0.9%	314.572 1.5%	319.359 1.5%

TAB. 4: PREISINDIZES (2010 = 100)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	100.000 1.7%	103.240 3.2%	105.650 2.3%	107.919 2.1%	110.142 2.1%	111.173 0.9%	112.285 1.0%	114.081 1.6%
ÖFFENTLICHER KONSUM	100.000 1.8%	101.652 1.7%	104.177 2.5%	105.548 1.3%	107.525 1.9%	109.373 1.7%	111.014 1.5%	112.402 1.3%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	100.000 1.2%	102.012 2.0%	104.246 2.2%	105.652 1.3%	107.312 1.6%	108.231 0.9%	109.320 1.0%	110.788 1.3%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	100.000 0.3%	101.147 1.1%	102.853 1.7%	103.667 0.8%	104.690 1.0%	105.282 0.6%	106.124 0.8%	107.185 1.0%
BAUINVESTITIONEN	100.000 2.2%	103.004 3.0%	105.835 2.7%	107.932 2.0%	110.346 2.2%	111.664 1.2%	113.060 1.3%	115.038 1.8%
INLANDSNACHFRAGE	100.000 1.8%	102.735 2.7%	104.998 2.2%	106.590 1.5%	107.984 1.3%	108.892 0.8%	110.170 1.2%	111.847 1.5%
EXPORTE I.W.S.	100.000 2.7%	104.020 4.0%	105.384 1.3%	105.317 -0.1%	105.220 -0.1%	106.268 1.0%	106.603 0.3%	107.684 1.0%
IMPORTE I.W.S.	100.000 4.6%	105.818 5.8%	107.659 1.7%	107.503 -0.1%	106.623 -0.8%	106.181 -0.4%	106.067 -0.1%	107.226 1.1%
BIP ZU MARKTPREISEN	100.000 1.0%	101.892 1.9%	103.886 2.0%	105.455 1.5%	107.173 1.6%	108.835 1.6%	110.307 1.4%	111.919 1.5%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
WARENEXPORTE	111.054 23.4%	122.328 10.2%	124.971 2.2%	123.346 -1.3%	124.771 1.2%	127.411 2.1%	130.260 2.2%	135.493 4.0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	26.778 2.0%	30.375 13.4%	32.183 6.0%	34.680 7.8%	36.489 5.2%	37.837 3.7%	39.946 5.6%	42.685 6.9%
REISEVERKEHR	12.438 1.7%	12.945 4.1%	13.445 3.9%	13.851 3.0%	14.084 1.7%	14.754 4.8%	15.237 3.3%	15.621 2.5%
EXPORTE I.W.S.	150.271 17.0%	165.648 10.2%	170.599 3.0%	171.877 0.7%	175.344 2.0%	180.002 2.7%	185.444 3.0%	193.799 4.5%
WARENIMPORTE	111.284 20.2%	125.961 13.2%	128.094 1.7%	124.445 -2.8%	123.103 -1.1%	124.240 0.9%	127.303 2.5%	132.289 3.9%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	22.515 8.8%	25.235 12.1%	27.503 9.0%	30.976 12.6%	32.756 5.7%	34.132 4.2%	36.035 5.6%	38.693 7.4%
REISEVERKEHR	6.678 -0.2%	6.675 0.0%	6.777 1.5%	6.739 -0.6%	7.122 5.7%	6.940 -2.6%	6.990 0.7%	7.201 3.0%
IMPORTE I.W.S.	140.477 17.1%	157.871 12.4%	162.374 2.9%	162.161 -0.1%	162.980 0.5%	165.312 1.4%	170.328 3.0%	178.184 4.6%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
WARENEXPORTE	111.054 19.6%	117.989 6.2%	119.414 1.2%	119.104 -0.3%	121.497 2.0%	123.518 1.7%	126.915 2.8%	131.357 3.5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	26.778 0.3%	28.876 7.8%	29.990 3.9%	31.448 4.9%	32.494 3.3%	32.777 0.9%	33.760 3.0%	35.195 4.3%
REISEVERKEHR	12.438 0.3%	12.382 -0.5%	12.470 0.7%	12.607 1.1%	12.604 0.0%	13.042 3.5%	13.238 1.5%	13.370 1.0%
EXPORTE I.W.S.	150.271 13.8%	159.246 6.0%	161.882 1.7%	163.200 0.8%	166.645 2.1%	169.384 1.6%	173.958 2.7%	179.970 3.5%
WARENIMPORTE	111.284 14.2%	118.488 6.5%	118.514 0.0%	116.195 -2.0%	116.900 0.6%	119.755 2.4%	123.946 3.5%	128.160 3.4%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	22.515 6.5%	24.356 8.2%	26.032 6.9%	28.622 10.0%	29.751 3.9%	30.126 1.3%	30.955 2.8%	32.270 4.3%
REISEVERKEHR	6.678 -1.8%	6.347 -5.0%	6.311 -0.6%	6.117 -3.1%	6.288 2.8%	5.935 -5.6%	5.861 -1.3%	5.919 1.0%
IMPORTE I.W.S.	140.477 12.0%	149.191 6.2%	150.822 1.1%	150.843 0.0%	152.856 1.3%	155.688 1.9%	160.585 3.1%	166.176 3.5%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2010 = 100)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
WARENEXPORTE	100.000 3.1%	103.677 3.7%	104.654 0.9%	103.561 -1.0%	102.695 -0.8%	103.151 0.4%	102.635 -0.5%	103.148 0.5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100.000 1.7%	105.191 5.2%	107.313 2.0%	110.276 2.8%	112.295 1.8%	115.439 2.8%	118.325 2.5%	121.283 2.5%
REISEVERKEHR	100.000 1.4%	104.550 4.5%	107.813 3.1%	109.873 1.9%	111.740 1.7%	113.126 1.2%	115.106 1.8%	116.832 1.5%
EXPORTE I.W.S.	100.000 2.7%	104.020 4.0%	105.384 1.3%	105.317 -0.1%	105.220 -0.1%	106.268 1.0%	106.603 0.3%	107.684 1.0%
WARENIMPORTE	100.000 5.3%	106.307 6.3%	108.083 1.7%	107.100 -0.9%	105.306 -1.7%	103.746 -1.5%	102.708 -1.0%	103.222 0.5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100.000 2.2%	103.608 3.6%	105.652 2.0%	108.225 2.4%	110.101 1.7%	113.296 2.9%	116.412 2.8%	119.904 3.0%
REISEVERKEHR	100.000 1.6%	105.170 5.2%	107.379 2.1%	110.170 2.6%	113.255 2.8%	116.936 3.2%	119.275 2.0%	121.660 2.0%
IMPORTE I.W.S.	100.000 4.6%	105.818 5.8%	107.659 1.7%	107.503 -0.1%	106.623 -0.8%	106.181 -0.4%	106.067 -0.1%	107.226 1.1%
TERMS OF TRADE, GESAMT	100.000 -1.8%	98.301 -1.7%	97.887 -0.4%	97.966 0.1%	98.684 0.7%	100.082 1.4%	100.505 0.4%	100.427 -0.1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	100.000 -2.0%	97.527 -2.5%	96.827 -0.7%	96.696 -0.1%	97.520 0.9%	99.427 2.0%	99.929 0.5%	99.929 0.0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
IMPORTQUOTE, GESAMT	47.679	51.152	51.213	50.224	49.494	49.012	49.086	49.852
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	5.768	3.473	0.061	-0.990	-0.730	-0.481	0.074	0.766
IMPORTQUOTE, GÜTER	37.771	40.813	40.401	38.542	37.384	36.835	36.687	37.012
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	5.428	3.042	-0.412	-1.859	-1.159	-0.548	-0.148	0.325
EXPORTQUOTE, GESAMT	51.004	53.672	53.807	53.233	53.248	53.368	53.443	54.221
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6.108	2.668	0.135	-0.574	0.016	0.119	0.075	0.778
EXPORTQUOTE, GÜTER	37.693	39.636	39.416	38.202	37.890	37.775	37.539	37.908
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6.246	1.943	-0.220	-1.214	-0.312	-0.115	-0.236	0.369

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5406.324 0.2%	5427.239 0.4%	5447.026 0.4%	5472.657 0.5%	5506.268 0.6%	5546.573 0.7%	5576.516 0.5%	5601.240 0.4%
ERWERBSQUOTE	75.066 0.3%	75.957 1.2%	76.792 1.1%	77.387 0.8%	77.992 0.8%	78.740 1.0%	79.528 1.0%	80.434 1.1%
ERWERBSPERSONEN	4058.320 0.5%	4122.350 1.6%	4182.897 1.5%	4235.103 1.2%	4294.457 1.4%	4367.385 1.7%	4434.872 1.5%	4505.316 1.6%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3558.877 0.1%	3582.861 0.7%	3598.964 0.4%	3611.608 0.4%	3624.841 0.4%	3655.227 0.8%	3679.985 0.7%	3701.361 0.6%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	499.443 4.0%	539.489 8.0%	583.933 8.2%	623.495 6.8%	669.616 7.4%	712.158 6.4%	754.887 6.0%	803.955 6.5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	447.300 2.2%	453.900 1.5%	456.800 0.6%	464.900 1.8%	471.700 1.5%	478.200 1.4%	484.178 1.3%	491.440 1.5%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3611.020 0.3%	3668.450 1.6%	3726.097 1.6%	3770.203 1.2%	3822.757 1.4%	3889.185 1.7%	3950.695 1.6%	4013.876 1.6%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3448.745 1.0%	3500.476 1.5%	3542.482 1.2%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	100.225 -4.1%	98.423 -1.8%	94.974 -3.5%	91.290 -3.9%	87.871 -3.7%	86.109 -2.0%	84.387 -2.0%	83.543 -1.0%
ARBEITSLOSE	250.782 -3.7%	246.702 -1.6%	260.643 5.7%	287.207 10.2%	319.357 11.2%	354.332 11.0%	365.832 3.2%	387.852 6.0%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.260 0.149	9.663 0.403

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	138.905 2.0%	144.343 3.9%	150.342 4.2%	154.547 2.8%	158.586 2.6%	162.889 2.7%	167.647 2.9%	172.374 2.8%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	119.456 4.1%	125.651 5.2%	126.349 0.6%	127.243 0.7%	128.807 1.2%	131.043 1.7%	133.741 2.1%	137.960 3.2%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	36.267 3.1%	38.636 6.5%	40.365 4.5%	41.088 1.8%	41.903 2.0%	43.354 3.5%	45.608 5.2%	47.090 3.3%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	294.627 2.9%	308.630 4.8%	317.056 2.7%	322.878 1.8%	329.296 2.0%	337.286 2.4%	346.996 2.9%	357.424 3.0%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	2.475 702.4%	1.046 -57.7%	0.323 -69.1%	0.931 188.6%	-2.095 -324.9%	-1.898 -9.4%	-1.936 2.0%	-1.975 2.0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	51.583 2.3%	53.480 3.7%	55.712 4.2%	57.346 2.9%	59.062 3.0%	60.952 3.2%	62.902 3.2%	64.915 3.2%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	245.519 4.0%	256.196 4.3%	261.667 2.1%	266.464 1.8%	268.139 0.6%	274.436 2.3%	282.158 2.8%	290.534 3.0%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-2.989 11.1%	-3.017 0.9%	-3.257 7.9%	-3.884 19.3%	-3.598 -7.4%	-3.500 -2.7%	-3.570 2.0%	-3.641 2.0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	242.530 3.9%	253.179 4.4%	258.410 2.1%	262.580 1.6%	264.541 0.7%	270.936 2.4%	278.588 2.8%	286.892 3.0%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
SICHTEINLAGEN	87.993 10.3%	90.119 2.4%	102.908 14.2%	112.936 9.7%	115.761 2.5%	130.013 12.3%	142.494 9.6%	153.181 7.5%
TERMINEINLAGEN INKLUSIVE AUFGENOMMENE GELDER	33.804 -10.0%	36.231 7.2%	32.003 -11.7%	29.651 -7.4%	34.620 16.8%	35.720 3.2%	37.721 5.6%	38.023 0.8%
SPAREINLAGEN	156.950 -0.7%	156.367 -0.4%	157.452 0.7%	153.320 -2.6%	149.938 -2.2%	147.169 -1.8%	148.199 0.7%	150.571 1.6%
KREDITVOLUMEN	307.780 1.5%	314.156 2.1%	319.542 1.7%	316.699 -0.9%	316.682 0.0%	321.655 1.6%	325.193 1.1%	329.746 1.4%
EURIBOR 3M	0.81	1.39	0.57	0.22	0.21	-0.02	-0.26	-0.27
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.42	0.58	-0.82	-0.35	-0.01	-0.23	-0.24	-0.01
ÖST. BENCHMARKKRENDITE 10J	3.16	3.28	2.29	1.99	1.48	0.75	0.42	0.73
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.76	0.12	-0.99	-0.30	-0.51	-0.73	-0.33	0.31

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
USD/EUR	1.327 -4.8%	1.392 4.9%	1.286 -7.6%	1.328 3.3%	1.329 0.0%	1.110 -16.5%	1.121 1.0%	1.121 0.0%
GBP/EUR	0.858 -3.8%	0.868 1.2%	0.811 -6.6%	0.849 4.7%	0.806 -5.0%	0.726 -9.9%	0.777 7.0%	0.773 -0.5%
YEN/EUR	116.445 -10.7%	110.985 -4.7%	102.669 -7.5%	129.539 26.2%	140.413 8.4%	134.348 -4.3%	123.023 -8.4%	124.708 1.4%
CHF/EUR	1.382 -8.5%	1.234 -10.7%	1.205 -2.4%	1.231 2.1%	1.215 -1.3%	1.068 -12.0%	1.090 2.0%	1.090 0.0%

Autoren: Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian Koch,
Robert M. Kunst, Simon Loretz, Michael Reiter, Edith Skriner, Klaus Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2016 – 2017: Konjunkturerholung verfestigt sich

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 92

Redaktion: Bianca Brandl

© 2016 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Josefstädter Straße 39, 1080 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
